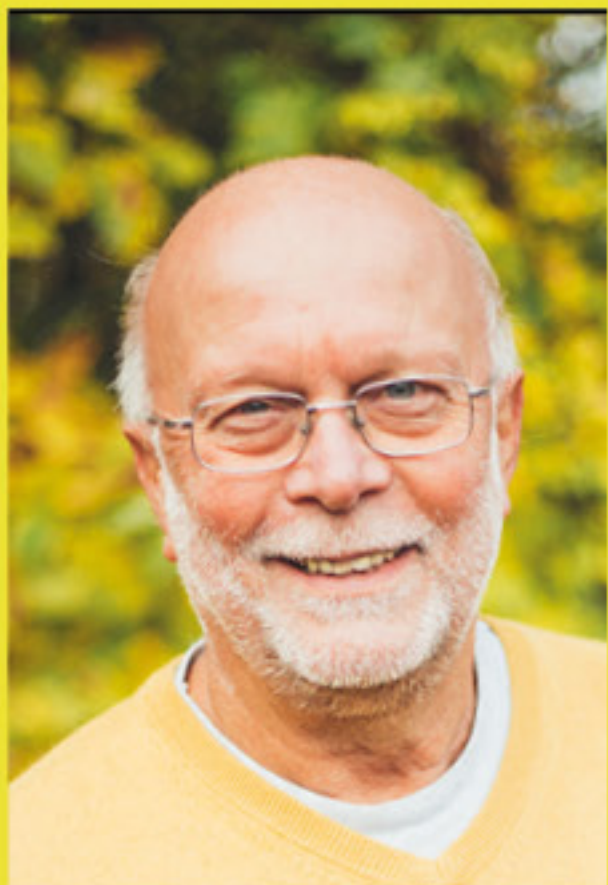




BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN STADT GIESSEN
ZUKUNFT MACHEN WIR
#ZUSAMMEN.



Kommunalwahlprogramm Bündnis 90/ Die GRÜNEN 2021-2026 Stadt Gießen

Stadtentwicklung und Wohnen	3
Verkehr	6
Umwelt.....	11
Energie	15
Abfall.....	17
Junges Gießen	19
Wirtschaft	22
Faires Gießen	25
Soziales, Bürgerbeteiligung, queeres Gießen, Frauenpolitik	28
Sport und Bewegung	37
Schule und Kultur	41
Finanzen und Haushalt.....	62

Dieses Wahlprogramm von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** für die Universitätsstadt Gießen wurde von der Mitgliederversammlung am 28.09.2020 beschlossen.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gießen,

im letzten Jahr haben wir alle erneut gelernt, wie wichtig Zusammenhalt, Rücksichtnahme und Verantwortung in Gesellschaft und Politik sind. Die Erfahrungen in der Corona-Pandemie haben uns gezeigt, wie wichtig klare politische Entscheidungen, Orientierung an der Wissenschaft, gemeinsames gesellschaftliches Handeln und persönliche Verantwortung sind. Nur durch dieses Zusammenwirken ist es uns allen gemeinsam gelungen, die Corona-Pandemie einzudämmen und sie bis jetzt glimpflich verlaufen zu lassen. Der Vergleich mit anderen Ländern, wo diese Bedingungen nicht gegeben sind bzw. waren, zeigt uns nachdrücklich die Bedeutung dieser Faktoren.

Wir haben ja zum Beispiel gelernt, dass wir uns in der Coronakrise nur alle zusammen schützen können – ich kann mein persönliches Infektionsrisiko nur mindern, wenn ich Rücksicht auf andere nehme (z.B. mit Abstand halten und Mundschutz tragen). Genau dieses Verständnis von Zusammenhalt in der Gesellschaft, das Verständnis dafür, dass ich persönlich nur gewinne, wenn ich auch die anderen Menschen im Blick habe, ist wichtig für viele Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens und ist die Grundlage für politische Gestaltung. Nur auf der Basis dieses Zusammenhaltes können auch politische Entscheidungen wirkungsvoll sein.

Wir hoffen, dass diese Prozesse auch zur Bewältigung der Klimakrise beitragen. Auch hier benötigen wir das Engagement jeder und jedes einzelnen, eine Verhaltensänderung, die unseren persönlichen ökologischen Fußabdruck minimiert – z.B. durch einen veränderten Konsum, Ernährungsumstellung und andere Mobilitätsgewohnheiten. Dies muss Hand in Hand gehen mit klaren politischen Entscheidungen, die das Ziel haben, den Verbrauch fossiler Energien auf Null zu fahren. Dazu bedarf es vor allem der Veränderungen in der Energie- und Verkehrspolitik.

Wir versuchen, Ihnen im vorgelegten Wahlprogramm unsere Vorstellungen dazu nahzubringen. Unser Ziel ist eine Stadt, die ohne den Verbrauch fossiler Energien ein hohes Maß an Lebensqualität bietet. Wir möchten eine lebens- und liebenswürdige Stadt, die es ihren Bewohnerinnen und Bewohnern möglich macht, arbeiten, wohnen und Freizeit ohne aufwändige Verkehrswege zu erreichen. Eine Stadt, die attraktiv ist für alle sozialen Schichten und mit ihrem Angebot an Kinderbetreuung und Bildungs- und Kultureinrichtungen für eine lebenswerte, tolerante und vielfältige Atmosphäre und Kultur sorgt. Dazu gehört auch Gastfreundschaft und ein herzlicher Umgang mit Fremden. Die Gestaltung einer solchen Stadt kann kein fertiger Plan sein, sondern ein Weg, den wir Schritt für Schritt und Seite and Seite mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, gestalten wollen.

Falls Sie Fragen haben oder Diskussionsbeiträge, scheuen Sie sich nicht, uns anzuschreiben und anzusprechen.

Für den Stadtvorstand Bündnis 90/Die Grünen Gießen:



Gerda Weigel-Greilich



Alexander Wright



Klaus-Dieter Grothe

Stadtentwicklung und Wohnen

Wir machen Gießen grüner und lebenswerter

Gießen ist eine prosperierende Stadt. Sie profitiert u.a. von der enormen Entwicklung der Hochschulen. Zudem begünstigt die vorteilhafte Lage als nördlichster Punkt der Region Rhein-Main diese positive Entwicklung.

Aufbauend auf dem Masterplan der Stadt Gießen mit dem Leitbild einer kompakten und vernetzten Stadt verfolgen wir diese Ziele:

- Vorrang der Innenentwicklung
- Nachverdichtung
- Nutzung von ehemals gewerblich genutzten Flächen verbunden mit einer intensiven Durchgrünung dieser Gebiete.

Grundsätzlich ist Innenentwicklung ökologisch und ökonomisch sinnvoll und dient dem Klimaschutz. Sie vermeidet Flächenverbrauch und reduziert Erschließungsflächen. Der ökologische Vorteil besteht auch darin, dass Wohnen, Ausbildung, Arbeitsplätze, Freizeit und Kultur zusammengeführt werden können und Verkehr vermieden wird. Und nicht zuletzt trägt sie auch zur Wirtschaftlichkeit der Infrastruktur bei, z.B. der Kosten für Wasser, Abwasser und Straßen. Die bessere Ausnutzung der vorhandenen Wohn- und Gewerbeflächen ist für das Erreichen der Klimaneutralität von immenser Bedeutung.

Deshalb sehen wir auch die weitere Ausweisung von Wohngebietsflächen in den Vororten (z.B. Rödgen, Lützellinden) sehr kritisch.

Dies fordert auch der BUND in einem Grundsatzpapier:

<https://www.bund.net/lebensraeume/flaechenverbrauch/>

Förderprogramm "Zukunft Stadtgrün" fortführen

Dabei geht es um die Förderung von städtebaulichen Maßnahmen für mehr und besseres Stadtgrün. Die weitere Entwicklung von Grünflächen und begrünten Freiräumen steht an. Hier sind die innerstädtischen Grünflächen und der Wieseck-Korridor hervorzuheben.

Wir wollen

- den Weg entlang der Wieseck zwischen Bleichstraße, Goethestraße, Bahnhofstraße und Lahnstraße neu und barrierefrei gestalten.
- die Wieseck dort naturnäher gestalten wie schon zwischen Rathaus und Moltkestraße.
- in Höhe Bismarckstraße eine Querung über die Südanlage schaffen und den Theaterpark öffnen. Dadurch für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen eine direkte Verbindung in die Fußgängerzone.

- den noch brachliegenden Platz am Jobcenter in der Lahnstraße als Fernbusbahnhof und zur Entlastung des Bahnhofvorplatzes als Haltestelle für neue lokale und regionale Linienführungen nutzen.
- die Verlängerung der Gleisunterführung hin auf diesen neuen „Bahnhofvorplatz Süd“ umsetzen.
- den Brandplatz unter Einbeziehung der Schlossgasse und der Marktlaubenstraße umgestalten und damit die Nutzung als Parkplatz beenden.
- die Sanierung der Kongresshalle weiterführen.

Auch in Zukunft wollen wir

- Zersiedlung verhindern und unser Konzept der kompakten und vernetzten Stadt fortführen.
- Familien in der Stadt Wohnen, Leben und Arbeiten ermöglichen und verbessern.
- ein ausreichendes Angebot an altersgerechten Wohnungen schaffen.
- die Grünflächen und Freizeitflächen einschließlich der Sportstätten sichern und attraktiv gestalten.
- die Vorrangflächen für den Naturschutz in den Auen, im Wald, in den Wiesen und Streuobstbeständen erhalten und pflegen.

Deshalb wollen wir

- die Öffnung im Baugesetzbuch nutzen und, wo es möglich ist, Dachgeschosse ausbauen, ein zusätzliches Geschoss auf vorhandene Gebäude setzen u.ä.
- die Revitalisierung der alten Ortskerne in den Stadtteilen durch ein Dorferneuerungsprogramm: Zuschüsse für die Sanierung alter Gebäude im Ortskern und die Förderung von Hofläden und der Nahversorgung.
- das Brauhausgelände zum Wohnen und für wohnverträgliches Gewerbe entwickeln.
- die Gewerbefläche Katzenfeld (Umspannwerk Weststadt) entwickeln.
- die Fläche zwischen dem Gewerbegebiet Dutenhofen (Handelshof) und Bahndamm Allendorf als kleines interkommunales Gewerbegebiet Wetzlar/Gießen mit ca. 10 ha entwickeln.
- keine weiteren Gewerbeflächen in Lützellinden ausweisen.

Wohnen in öffentlicher Verantwortung

Die Wohnbau Gießen GmbH prägt mit ihren Gebäuden in vielen Stadtvierteln das Gesicht der Stadt. Mit ihrem großen Bestand an preisgünstigem Wohnraum (7.000 Wohnungen) trägt auch sie sozialpolitische Verantwortung. Die Wohnbau Gießen Genossenschaft hat es geschafft, die ehemaligen militärischen Flächen der Marshall- und Dulles-Siedlung dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Hier sind mit Unterstützung der Wohnbau Gießen und der Stadt Gießen 600 preisgünstige Wohnungen entstanden.

Wir wollen

- die Wohnbau Gießen im Besitz der Stadt erhalten; ein Verkauf kommt für uns nicht in Frage.
- das Konzept der „sozialen Miete“ beibehalten.
- den Wohnungsbestand stetig sanieren, möglichst im Passivhaus-Standard.
- alle finanziellen Spielräume nutzen, damit die Mietpreise auch nach Sanierung für Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlbar sind.
- den sozialen Wohnungsbau angemessen weiterentwickeln und dabei auch neue Instrumente nutzen, z.B. den Ankauf von Immobilien (statt eigenem Neubau), um die Mietpreise günstig zu halten.
- eine Umzugsagentur einrichten, um Menschen zu unterstützen, die in eine kleinere Wohnung umziehen wollen.
- mindestens 20% der Wohnungsbauten barrierefrei errichten.
- das betreute Wohnen in Zusammenarbeit mit den Betreuungseinrichtungen normieren.

Verkehr

Für eine Verkehrswende in Gießen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen erreichen, dass die Bürger*innen bis 2035 in einer klimaneutralen Stadt leben. Daher müssen wir in der Stadt Gießen die Weichen hin zu einer nachhaltigen Verkehrswende stellen. Das bedeutet: Der motorisierte Individualverkehr muss vermieden, verändert und mit nicht fossiler Energie betrieben werden.

Mehr Platz für alle, bessere Luft und eine leisere Stadt, in der Leben und Arbeiten, Studieren und Einkaufen mehr Freude machen und Lebensqualität bringen, das ist unsere Vision.

Dazu muss sich unser Verkehr verändern: Innerhalb der Stadt brauchen wir eine klare Vorfahrt für Fuß- und Radverkehr sowie für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die vorhandenen Verkehrsflächen müssen für diese Verkehrsarten erweitert und für das Auto reduziert werden. Rad- und Fußverkehr müssen absolute Priorität bei allen verkehrspolitischen Maßnahmen haben, der motorisierte Individualverkehr muss verringert werden.

Verkehrsplanung in Gießen

Die Verkehrsplanung in Gießen hat viele Bedürfnisse zu berücksichtigen:

- das Bedürfnis der Gießener Bürger*innen nach einer guten innerstädtischen Beweglichkeit (Mobilität). Das bedeutet, Schulen, Hochschulen, Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Veranstaltungen sowie Ämter müssen gut erreicht werden können.
- das Bedürfnis der vielen Menschen, die von und nach Gießen zum Arbeiten, Studieren und/oder Einkaufen ein- und auspendeln, möglichst kurz, aber bequem unterwegs sein zu können.
- das Bedürfnis der Stadtbevölkerung, in ihrer Stadt ohne Belästigung oder Gefährdung durch Lärm und Schadstoffe zu wohnen und zu leben und unterwegs sein zu können.

Diese Punkte wollen wir in der Stadtplanung weiterhin miteinbeziehen.

Fußgänger*innen

Zu Fuß gehen und Rad fahren sind immer noch die umweltfreundlichsten Fortbewegungsarten, weil sie ohne zusätzliche Ressourcen auskommen. Wir wollen den Fußgänger*innen die Wege durch sichere und benutzerfreundliche Gestaltung erleichtern. Wir möchten mehr innerstädtischen Raum zum Spielen, Bewegen, für

Begegnung und Kommunikation. Wir wollen ein gleichberechtigtes Miteinander von Fuß- und Radverkehr.

Daher wollen wir

- den gesamten Platz auf den Gehwegen: Platz für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwägen und zum Nebeneinandergehen. Das bedeutet einerseits, konsequent gegen das verbotene Parken auf Gehwegen vorzugehen und andererseits, gemeinsame Geh- und Radwege innerhalb der Stadt durch Aufhebung der Benutzungspflicht vom Radverkehr zu entlasten.
- eine Stadt der kurzen Wege mit dezentraler Infrastruktur, hoher Barrierefreiheit, mit häufigeren und längeren Grünphasen für Fußgänger*innen an Kreuzungen
- Neubau von Gehwegen mit mindestens 2,50 m Breite.
- eine städtebauliche Aufwertung des Brandplatzes hin zu einem Platz, der zum Verweilen und sich miteinander treffen einlädt.
- eine dauerhafte Brücke für die Wieseck-Mündung.
- die konsequente Einhaltung des Leitfadens „unbehinderte Mobilität“.
- mehr sichere Stellen zum Queren der Straßen.
- Leitstreifen für Sehbehinderte und Blinde sowie an allen Plätzen, Querungen und Kreuzungen.
- Vorrang für querende Fußgänger*innen am Uni-Campus in der Rathenaustraße.
- die Unterführung zu den Gleisen am Bahnhof in Richtung Lahnstraße verlängern.
- eine barrierefreie und gut beleuchtete Unterführung zwischen Bahnhof- und Sieboldstraße.
- eine autofreie Innenstadt innerhalb des Anlagenrings.

Radverkehr

Unser Ziel ist es, in den nächsten 10 Jahren eine gute und leistungsfähige Radinfrastruktur zu schaffen, so dass sich auch besonders schutzbedürftige Personen, wie Kinder und ältere Menschen sicher bewegen können.

In Gießen besitzt jeder Haushalt durchschnittlich 2,4 Fahrräder. Tausende fahren mit dem Fahrrad täglich durch die Stadt. Das ist sowohl für die Radler*innen als auch für ihre Mitmenschen gesund und umweltfreundlich, in Corona-Zeiten besonders sicher und insgesamt vor allem in den Städten ein großer Gewinn an Lebensqualität. Wo Fahrräder unterwegs sind, gibt es mehr Platz und weniger Abgase.

Durch den Boom der Elektro- und Lastenfahrräder ist mit einer weiteren Zunahme und Beschleunigung des Radverkehrs zu rechnen. Das Rad erschließt neue Nutzergruppen. Das wollen wir in die Verkehrsplanung einbeziehen.

Wir wollen daher

- die zweite Spur auf dem Anlagenring nur für den Radverkehr bereitstellen (evtl. zusammen mit Busverkehr).
- gute und gepflegte Radwegeverbindungen in das Umland, z.B. mit Fahrradschnellwegen, ausbauen.
- Ost-West-Querungsmöglichkeiten der Fußgängerzone.
- den weiteren Ausbau der Radrouten laut Radverkehrsentwicklungsplan, z.B. an der Grünberger Straße/Ludwigsplatz, dem restlichen Aulweg/Leihgesterner Weg, der Gabelsberger Straße und der Heuchelheimer Straße über die Konrad-Adenauer-Brücke.
- Radwege entlang der kompletten Ludwigstraße.
- keine gemeinsamen Rad-/Gehwege innerorts.
- mehr vorgezogene Aufstellmöglichkeiten für Radfahrer*innen an den großen Kreuzungen und eine bessere Führung an Knotenpunkten.
- den Grünpfeil für Radfahrer*innen an allen geeigneten Kreuzungen/Einmündungen.
- einen weiteren Ausbau der Fahrradabstellplätze an Schulen, am Bahnhof und an zentralen Bus-Haltestellen.
- eine bessere Qualität der Abstellanlagen v.a. bei privaten Bauherren erreichen und spezielle Abstellanlagen für Radtouristinnen und -touristen mit Gepäck und Kinderanhänger in zentralen städtischen Lagen.
- Vorfahrtsänderungen zugunsten des Radverkehrs, wo dieser dominiert, z.B. am Bahndamm-Durchstich und am Altenfeldsweg/Alfred-Bock-Straße.
- die Sanierung der Strecke zwischen Schwarzacker und Brandweg/Kleinlinden.
- die Ertüchtigung des Radwegs Heuchelheimer Straße als einer der wichtigsten Pendlerstrecken aus dem Kreis.
- die Verbindung vom Studierendenwohnheim in der Grünberger Straße zum Philosophikum verbessern.
- die Stellplatzabgabe, alternativ als monatliche Abgabe, für den Radverkehr oder den ÖPNV verwenden.
- mehr Platz für Kinderwagen, sowie die Mitnahme von Fahrrädern und Fahrzeugen für Menschen mit Behinderung im ÖPNV.
- Fahrradkurse für Menschen, die das Radfahren nicht als Kind lernen konnten, insbesondere für Geflüchtete unterstützen.
- Abstellanlagen für Kinderanhänger und Tretroller an Kitas.
- Lastenräder in der Stadt fördern durch mehr Abstellmöglichkeiten für Lastenräder in der Innenstadt und die Förderung eines Leihsystems für Lastenräder.
- die Überprüfung der Radwegebenutzungspflicht, vor allem an gefährlichen Strecken, wie z.B. in der Frankfurter Straße in Klein-Linden und der Rodheimer Straße.
- das Fahrradleihsystem in Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität weiter ausbauen.

- den Ausbau von Fahrradstraßen hin zu einem zusammenhängenden Fahrradstraßennetz.
- die Umwidmung der Philosophenstraße zur Fahrradstraße.
- Lademöglichkeiten für E-Fahrräder in der Innenstadt, am Lahnradweg sowie an den Bürgerhäusern.
- eine autofreie Innenstadt innerhalb des Anlagenrings.

Bus und Bahn (ÖPNV)

Wenn wir unsere Stadt lebenswerter machen wollen, müssen wir den ÖPNV stärken, Busse sowie die Bahnverbindungen attraktiver machen und mehr Menschen den Einstieg in den öffentlichen Verkehr ermöglichen.

Wir wollen daher

- den Takt im Stadtbusverkehr erhöhen (10-Minuten-Takt in der Innenstadt, 20-Minuten-Takt in die Stadtteile).
- Bahnen und Busse werktags in das Umland mindestens halbstündig fahren lassen.
- alle Stadtteile mit schnellen Verbindungen ins Zentrum anbinden.
- die regionale Schienenverkehrsverbindung in das Umland mit städtischen Haltepunkten verstärken (Regio-S-Bahn).
- die Möglichkeit einer Regio-Tram entlang der Grünberger Straße über den Berliner Platz (wie die derzeitige Buslinie 1) Richtung Marktplatz bis zur Frankfurter Straße (wie die derzeitige Buslinie 5) innerhalb des Verkehrsentwicklungsplans prüfen.
- Schnellbusverbindungen in das Umland mit Anbindung von „Park and Ride“-Parkplätzen in der Region.
- den Ausbau der Eisenbahnstrecke in Richtung Frankfurt ab Gießen.
- eine verbesserte Anbindung der Student*innen-Wohnheime und der Verbindung Bahnhof-Philosophikum.
- Nachtzüge nach Frankfurt und Marburg an den Wochenenden mit einem Nachtbusanschluss.
- die tägliche Ausdehnung des Abendverkehrs der Stadt- und Umlandbusse um eine Stunde, um auch die späten Züge aus Richtung Frankfurt, Kassel und Siegen anzubinden.
- die frühzeitige Anbindung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten.
- weitere elektronische Anzeigetafeln an Haltestellen (Dynamische Fahrgastinformation).
- Systemanschlüsse auch für Menschen mit Behinderung sicherstellen, z.B. abends am Berliner Platz.
- barrierefreie Einstiege in Busse und Bahnen an allen Haltestellen ermöglichen.
- einen zentralen, modernen Fernbusbahnhof an der Lahnseite des Bahnhofs.
- Vorrangschaltungen für die Stadtbusse ausweiten.
- eine kostenfreie Monatskarte für Menschen, die neu nach Gießen ziehen.
- die Elektrifizierung der Stadtbusse durch Oberleitungssystem oder Akkubetrieb.

Motorisierter Individualverkehr

Der motorisierte Individualverkehr soll fließen, nicht stehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für intelligente Ampelschaltungen (ohne Behinderung der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer) und Verkehrsleitsysteme. Ein gleichmäßiger Verkehrsfluss bei Tempo 30 ist wirtschaftlicher, leiser und sauberer als Stop-and-Go bei Tempo 50.

Wir wollen daher

- die Ausweitung der Infrastruktur für Elektromobilität durch die Änderung der Stellplatzsatzung und die Förderung innovativer Ansätze wie Laden an Laternenmasten.
- Lärmschutz durch Flüsterasphalt auf den umgebenden Autobahnen und Schnellstraßen von Gießen.
- den Bau von Kreisverkehren an Knotenpunkten bei Neubau/Neugestaltung von Straßen unter Beachtung der Interessen von Fußgänger*innen sowie Radfahrer*innen.
- verstärktes Anwohnerparken in den Wohnquartieren sowie eine konsequente Parkraumbewirtschaftung.
- die Stellplatzsatzung so ändern, dass weniger Parkplätze in der Stadt entstehen.
- Kooperationen mit dem stationären Car-Sharing-System.
- die Bewirtschaftung der Parkplätze an Schulen und allen städtischen Liegenschaften.
- dass gegen Falschparkende konsequent vorgegangen wird.

Was bedeutet die „autofreie Innenstadt“ für uns?

Unter der autofreien Innenstadt verstehen wir eine PKW-beruhigte Zone innerhalb des Anlagenrings. Innerhalb dieser Zone dürfen nur Zulieferer, soziale Dienstleister, Polizei und Rettungsdienst sowie Menschen mit Behinderung oder die dort wohnen mit dem PKW fahren.

Menschen „von extern“, die keine Bahn oder keinen Bus nutzen können, können in den Parkhäusern oder Tiefgaragen am Anlagenring parken und dort in wenigen Minuten ihre Ziele erreichen. Dazu müssen die Wege kurz und möglichst barrierefrei sein. Fahrräder und der ÖPNV sind zudem auch weiterhin erlaubt.

Umwelt

Der Schutz unserer Umwelt ist und bleibt weiterhin das zentrale Anliegen von Bündnis 90/Die Grünen. Aufgrund des Klimawandels, der sich nicht nur durch das Schmelzen des Polareises, sondern auch in der Zunahme von lokalen Wetterextremen zeigt, wird dieses Thema - auch dank der Initiative von „Fridays for Future“ – weltweit von immer mehr Menschen als eine der Bedrohungen des Weltfriedens und Ursache wirtschaftlicher und humanitärer Katastrophen angesehen. Der Schutz unserer endlichen natürlichen Ressourcen des Bodens, des Wassers und der Luft und deren nachhaltige und sparsame Nutzung ist eine zentrale Aufgabe, von der aus wir alle Politikfelder denken.

Den größten Einfluss auf diese Ressourcen hat eine Stadt wie Gießen über eine umweltgerechte Stadtentwicklung und die Steuerung des Verkehrs.

Wir vergessen dabei nicht, dass wir alle in Einer Welt leben und fühlen uns, gerade auch im Rahmen der Globalisierung, verantwortlich für Staaten, die unter wesentlich schlechteren ökonomischen und damit auch ökologischen Bedingungen leben als wir. Soweit wir als einzelne Kommune dazu einen Beitrag leisten können, haben wir dies durch den Aufbau von lokalen Arbeitsgruppen in Folge der „Agenda 21“ (Beschluss des UN-Gipfels in Rio de Janeiro 1992), dem Beitritt zum Klimabündnis und durch die Bewerbung um den Titel Fairtrade-Town (siehe Faires Gießen) getan.

Land und Boden: Verminderung des Flächenverbrauchs

Unser Ziel ist die Verringerung des Landschaftsverbrauchs in den Außenbereichen der Stadt, die vorrangige Nutzung innerstädtischer Flächen entsprechend dem Leitbild einer kompakten und vernetzten Stadt sowie die Vermeidung zusätzlichen Verkehrs. Dadurch vermindern wir insgesamt die schädlichen Wirkungen auf Pflanzen, Tiere, den Naturhaushalt und nicht zuletzt die Menschen, die in der Stadt leben. Deshalb ist beim Wohnungs- und Gewerbebau auf flächensparende Verfahren sowie auf die Reaktivierung bereits überbauter, brachliegender Flächen größter Wert zu legen. Des Weiteren ist zum Schutz der Bodenfunktionen auf eine bodenschonende Ausführung zu achten.

Gerade in einer kompakten und vernetzten Stadt ist aber auch der Erhalt von Grünflächen und die Begrünung von Fassaden und Dächern wo immer möglich, wichtig, um ein gesundes Stadtklima zu fördern. Dies bietet nicht nur pflanzlichen und tierischen Lebensgemeinschaften eine wichtige Lebensgrundlage, sondern dient nicht zuletzt der Steigerung der Lebensqualität der Bewohner*innen in unserer Stadt.

Wir wollen

- weiter die Stadtentwicklung durch Entwicklung einer kompakten Stadt mit flächenschonendem Bauen vorantreiben.
- dass die Stadt den Bau kleinerer Wohneinheiten vorgibt und fördert.

- es unterstützen, wenn Menschen aus ihrer zu großen Wohnung in eine kleinere umziehen wollen. Denn je weniger Wohnraum pro Kopf gebraucht wird, umso geringer der Verbrauch für die Wärmelieferung.
- dass bei allen Planungen ökologische Aspekte vorrangig berücksichtigt werden.

Feld, Wald und Wiesen - Natur vor den Toren der Stadt

Die Land- und Forstwirtschaft vergangener Jahrhunderte hat unsere Kulturlandschaft mit ihrer Vielfalt von Tieren und Pflanzen hervorgebracht. Auch viele Bäuer*innen bemühen sich trotz widriger politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, diese Kulturlandschaft zu erhalten. Wir wollen den ökologischen Landbau fördern, weil nur eine ökologisch verträgliche Landwirtschaft den Erhalt der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren fördert und somit zukunftsträchtig ist. Lebensmittel werden über zunehmend weitere Strecken transportiert. Das belastet die Gesundheit der Menschen, der Tiere und die Umwelt. Regionale Vermarktungsstrukturen, die geschaffen beziehungsweise ausgebaut werden müssen, wirken dem entgegen.

Der stadt eigene Wald erfüllt wichtige Funktionen als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, als Erholungs- und Freizeitraum und zum Ausgleich des lokalen Klimas, aber auch zum Schutz des globalen Klimas als CO₂-Speicher und Produzent nachwachsender Rohstoffe. Er hat in den letzten Hitze-Sommern sehr gelitten und muss dem Klimawandel entsprechend wieder aufgeforstet werden.

Die neun europäischen Schutzgebiete (sieben FFH-Gebiete, zwei Vogelschutzgebiete) und die vier Naturschutzgebiete innerhalb unserer Stadtgrenzen leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt bedrohter Tiere, Pflanzen und Biototypen und bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit, insbesondere über aktuelle und angemessene Pflege- und Maßnahmenplanungen.

Wir wollen

- städtische, landwirtschaftlich genutzte Flächen bevorzugt an ökologisch wirtschaftende Landwirte verpachten.
- dass in Lützellinden kein weiteres Gewerbegebiet ausgewiesen wird, auf Flächen, die derzeit landwirtschaftlich genutzt werden.
- die Wichtigkeit der Landwirtschaft deutlich machen und den Stellenwert der Haupt- und Nebenerwerbslandwirt*innen stärken, zum Beispiel durch einen Landwirtschaftstag in Gießen,
- die Direktvermarktung stärken, beispielsweise durch die Erhaltung und Unterstützung des Bauern-/Wochenmarkts.
- Initiativen zum „Urban Gardening“ weiter fördern und mehr Flächen für „Urban Gardening“ ermöglichen.
- den Stadtwald nach FSC-Kriterien bewirtschaften und den Naherholungswert steigern.

Natur in der Stadt

Neben den Gebieten, in denen der Naturschutz Vorrang hat (Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete), bieten auch die Grün- und Parkflächen in der Stadt Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Die Stadt kann jedoch nicht primärer Ersatzlebensraum für Pflanzen und Tiere sein, die in der Stadt Zuflucht finden, weil sie durch die Intensivierung der Landwirtschaft immer weniger Lebensraum in der freien Feldflur finden. Städtisches Handeln kann diese Fehlentwicklungen nicht angemessen kompensieren: Hier sind fundamentale Änderungen in der Agrar- und Ernährungspolitik auf europäischer und nationaler Ebene erforderlich, damit diese Tiere und Pflanzen, die sich in die Städte geflüchtet haben, wieder an ihren angestammten Platz in Feld, Wald und Wiesen finden und das Artensterben beendet wird.

Nichtsdestotrotz hat die Natur in der Stadt eine hohe Bedeutung für die Bevölkerung. Einerseits führen mehr Grünflächen bzw. Grünanlagen zu einer höheren Aufenthaltsqualität, andererseits werden gerade im Sommer Grünanlagen benötigt, um die Temperaturen in der Stadt auf einem erträglichen Maß zu halten.

Schädliche Wirkungen auf die belebte und unbelebte Natur müssen insbesondere im Interesse der Menschen, die in der Stadt leben, verringert werden. Auch aus Gründen des Klimaschutzes muss zugleich die kompakte Stadt das Ziel der Stadtentwicklung sein. Aus diesem Grund sollen die Grün- und Parkflächen durch eine hohe Qualität und nicht nur über ihre Flächengröße ihre besondere Erholungsfunktion erfüllen.

Wir wollen

- Grünflächen in der Stadt entwickeln und auf hohem Niveau weiter pflegen.
- Hauseigentümer*innen unterstützen, die ihr Dach begrünen wollen.
- dafür werben, Fassaden oder den eignen Balkon zu begrünen und die Menschen dabei unterstützen.
- das Gartenamt mit seinen innovativen Ideen („Gießener Mischung“) weiter unterstützen.

Die Gießener Auenlandschaft

Durch extensive Nutzung oder durch Nutzungsverzicht können sich wieder natürliche Auenvegetationen entwickeln. Gleichzeitig bleiben oder werden so die Gewässerufer wieder für alle zugänglich.

Dies gilt vor allem für viele Stellen am Ufer der Lahn: Obwohl dort in den letzten Jahren einiges geschehen ist und die Ufer frei liegen, versperren weiter an vielen Stellen gewerbliche Bauten und bis ans Ufer eingezäunte Gärten den Zugang zur Lahn oder sogar den Blick auf den Fluss. Niemand soll deswegen enteignet werden, doch alle haben ein Anrecht auf Wandern und Radfahren, Ruhe und Entspannung, Paddeln und Schwimmen an und auf der Lahn. Wir wollen daher den Ankauf von Grundstücken entlang der Lahn fortsetzen.

Die Renaturierung eines Gewässers bleibt jedoch unvollkommen, wenn nicht von der Quelle bis zur Mündung wieder natürliche Verhältnisse geschaffen werden. Nur wenige Gewässer fließen ausschließlich innerhalb der Stadtgrenzen, deshalb muss hier, wie auf anderen Gebieten auch, die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden gesucht oder intensiviert werden.

Die noch vorhandenen Hochwasserstauräume müssen gesichert werden und wo immer möglich neue Retentionsflächen geschaffen werden.

Wasser als wichtigstes Lebensmittel

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel. Doch Wasser ist in Trinkqualität nicht unerschöpflich vorhanden. Sparsamer Umgang mit Wasser und Schonung der Belastung der Gewässer bleibt weiterhin eine Aufgabe vorausschauender Umweltpolitik.

Wir setzen uns daher für eine weitere Verbesserung der Gewässergüte der Lahn und anderer Gewässer im Stadtgebiet ein und wollen dazu auch mit Gemeinden am Oberlauf der Gewässer zusammenarbeiten.

Luft

Die Luftqualität wird in unserer Stadt hauptsächlich durch den Verkehr und durch die Heizung von Wohn-, Büro- und Gewerbegebäuden beeinflusst, industrielle Emittenten sind in Gießen nur noch von geringer Bedeutung. Die Belastung mit gesundheitsgefährdenden Feinstäuben und Stickoxiden ist dabei in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt; seit 2006 steht in der Westanlage eine Luftmessstation. Jederzeit sind die aktuellen Werte (Feinstaub, Stickoxide und Kohlenmonoxid) über das Internet abrufbar. Immer noch gibt es Überschreitungen, wenn auch weniger häufig als in den vergangenen Jahren. Daher gilt es, weitere Anstrengungen zu unternehmen durch die Reduzierung des motorisierten Verkehrs bzw. dessen Schadstoffausstoß und die Verbesserung der öffentlichen und privaten Heizungsanlagen.

Durch den weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes, der dezentralen Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Koppelung (Holzheizkraftwerk, TREA, Gasturbinen) ist der CO₂-Ausstoß pro Person in Gießen in den letzten Jahren deutlich gesunken (von 13 auf sieben Tonnen, zum Vergleich: der Bundesdurchschnitt liegt bei elf Tonnen).

Wir wollen

- den weiteren Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze in der Stadt
- Maßnahmen zur Verkehrsverminderung voranbringen (siehe Kapitel „Für eine Verkehrswende in Gießen“)

Energie

Wir wollen saubere und bezahlbare Energie für alle, um bis 2035 in der Stadt Gießen klimaneutral zu leben.

Dafür wollen wir mit den Stadtwerken weiter den Ausbau von Blockheizkraftwerken (BHKW), betrieben mit Holz, Grünschnitt, Biogas oder Ersatzbrennstoffen (Müll) voranbringen und somit zudem effizient Fernwärme bereitstellen. Des Weiteren möchten wir Energiedienstleistungen zur Energieeinsparung (Strategie EN5) und Energieerzeugung/-speicherung (e-Revolution) weiter fördern. Wir wollen, dass die Stadtwerke Gießen (SWG) das Potential von Fotovoltaikstrom durch attraktive Angebote voll ausschöpfen, indem sie ihre Kund*innen unterstützen, sich Fotovoltaikanlagen auf ihr Dach zu installieren. Dazu sollen Hauseigentümer*innen, deren Dach nach dem Solarkataster Hessen ein gutes Solarenergie-Potential aufweisen, proaktiv angesprochen werden. Sollte das Land Hessen die Bauordnung so ändern, dass eine Solardachpflicht möglich wird, dann wollen wir diese mit Hilfe einer Solarsatzung umsetzen. Ergänzend möchten wir, dass die Stadtwerke selbst ihren Anteil an selbst produzierten Fotovoltaikstrom erhöhen.

Darüber hinaus fordern wir, dass die Stadtwerke einen echten Ökostromtarif (Grüner-Strom-Label) für Kund*innen anbieten, die regionale Unternehmen unterstützen und gleichzeitig ihren CO₂-Abdruck reduzieren wollen.

Des Weiteren wollen wir

- den Ausbau der Beteiligung der Stadtwerke an Kraftwerken aus regenerativer Energie.
- die kontinuierliche Fortführung des Energieberichts der SWG
- die Fortführung der Energieberatung durch die Stadtwerke
- ein ganzheitliches Konzept der SWG zur weiteren Unterstützung der Elektromobilität
- die Anzahl der Fotovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften erhöhen.
- die Stadtwerke von einer Aktiengesellschaft (AG) zu einer GmbH umwandeln, damit sie besser ihren gesellschaftlichen und klimapolitischen Auftrag erfüllen können.

Wärme

Wir benötigen Energie nicht nur für unseren Stromverbrauch, sondern verbrauchen Ressourcen auch für das Heizen unserer Gebäude. Wir wollen die Fernwärme weiter fördern und ausbauen, da sie eine sehr hohe Energieeffizienz hat und klimaneutral betrieben werden kann. Anderen, klimaneutralen und effizienten Heizungsmethoden stehen wir offen gegenüber.

Neben einer effizienten Heizung muss das Haus allerdings auch gut gedämmt sein. Um als gutes Beispiel voran zu gehen, wollen wir, dass auch weiterhin der eigene Immobilienbestand der Stadt energetisch saniert wird. Dazu zählen wir auch Gebäude von stadt-eigenen Unternehmen, wie beispielsweise der Wohnbau. Flankierend dazu soll das Energiemanagement für alle städtischen Gebäude weiter vorangetrieben und regelmäßig Energieberichte vorgelegt werden.

Zudem möchten wir, dass private Haus-Eigentümer*innen durch die Stadt oder eine*n ihrer Partner*innen Beratungen für energetische Sanierungen bekommen können, um mögliche Förderungen zu erhalten. Wir versprechen uns durch diese Maßnahmen nicht nur eine bessere Klimabilanz, sondern auch eine Stärkung des Handwerks vor Ort.

Auch deshalb wollen wir weiterhin den Gießener Gebäudepass bezuschussen, der Haus- und Wohnungseigentümer*innen in Stadt und Kreis Gießen ermöglicht, Energieeinsparpotentiale zu entdecken und die Belastung der Innenräume mit Schadstoffen zu überprüfen (Energieberatung).

Wir wollen es außerdem unterstützen, wenn Menschen aus ihrer zu großen Wohnung in eine kleinere umziehen wollen. Denn je weniger Wohnraum pro Kopf gebraucht wird, umso geringer der Verbrauch für die Wärmelieferung. Aus diesem Grund muss die Stadt unserer Meinung nach den Bau kleinerer Wohneinheiten vorgeben und fördern.

Abfall

Im Abfallbereich gilt für grüne Politik weiterhin die Reihenfolge: **vermeiden, wiederverwenden, recyceln, verwerten, beseitigen**.

In allen diesen Bereichen hat sich im Abfallbereich unter tatkräftiger grüner Beteiligung in den letzten Jahren einiges getan.

So haben wir die Möglichkeit erweitert, die Größe der Mülltonne und den Abfuhrhythmus selbst zu bestimmen: Wer wenig Müll produziert, soll auch weniger zahlen. Diese Veränderung hat neben individuellen Vorteilen für diejenigen, die Müll vermeiden und besser trennen, auch die Müllmenge reduziert, die verwertet und beseitigt werden muss.

Das **Abfallgebührensysteem** soll systematisch entsprechend weiterentwickelt werden; die Abfallberatung wollen wir fortführen. Die Umweltbildung in Schulen zur Prävention und Sensibilisierung von Abfallvermeidung und sachgerechter Entsorgung wollen wir fördern. Zum Beispiel über Aktionstage, Informationsveranstaltungen u.ä..

Auf Grund bestehender Verträge wird der Restmüll der Stadt und des Landkreises Gießen in der Müllverbrennungsanlage Frankfurt entsorgt. Beim Auslaufen dieser Verträge soll eine regionale und umweltfreundliche Entsorgung vorgegeben werden.

Sollte sich das Konzept des Kreises, eine Vergärungsanlage des Biomülls (grüne Tonne) in Rabenau zu errichten, als technisch und ökonomisch nicht machbar erweisen, wollen wir die Errichtung einer Vergärungsanlage in der Stadt prüfen. Mit einer **Bioabfallverwertungsanlage** können Stoffströme geschlossen werden und die produzierte erneuerbare Energie im städtischen Fernwärmenetz und in Form von Strom genutzt werden. Dank moderner Anlagentechnik ist eine Sammlung und Verwertung von Bioabfällen trotz der Nähe zu Siedlungen heutzutage kein Geruchsproblem mehr.

Der **Klärschlamm** aus unserer Kläranlage soll lokal verwertet werden. Um wesentliche Nährstoffe nicht zu verlieren, ist der Phosphor rückzugewinnen. Um Mikroschadstoffe insbesondere Medikamentenreste stärker herauszufiltern, werden wir die vierte Reinigungsstufe einrichten.

Klärschlamm und Bioabfall sind nicht als wertlose Reststoffe, sondern als lokale Stoffströme anzusehen. Hierdurch kann die effiziente Nutzung unserer natürlichen Ressourcen gesteigert werden. Dabei sollte eine weitere stoffliche Nutzung stets einer energetischen Verwertung vorgezogen werden. Im Sinne der Ressourceneffizienz ist eine Nutzung von anfallender Biomasse ein bedeutender Bestandteil der Umweltpolitik.

Vor allem anderen steht die Vermeidung von Abfall. Wir setzen uns deshalb für eine bundesweite **Verpackungssteuer** ein.

Bis zu einer bundesweiten Lösung wollen wir in Gießen eine Einwegsteuer auf Plastikgeschirr einführen.

Abfall gehört in die Tonne und nicht in die Landschaft.

Die Vermüllung der Stadt und ihrer Umgebung nimmt leider erkennbar zu. Hier werden wir gegensteuern:

- Wir haben dafür gesorgt, dass Sperrmüll in Gießen kostenfrei abgeholt wird.
- Wir unterstützen CLEANUP-Aktionen von Verbänden und Initiativen ebenso wie das langjährige Projekt „Sauberhaftes Hessen“.
- Wir haben das Projekt „Sauberkeitspaten“ zusammen mit dem Verein „Ehrenamt“ ins Leben gerufen, um bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen und mehr Menschen zu motivieren, Müll zu vermeiden und umweltgerecht zu entsorgen. Dies wollen wir ausbauen und unterstützen Initiativen mit diesem Ziel.
- Wir wollen eine Öffentlichkeitskampagne zur Müllvermeidung ins Leben rufen.

Junges Gießen

Studieren, Arbeiten und Erleben

Gießen ist seit 1607 Universitätsstadt. Die Justus-Liebig-Universität (JLU) ist von zentraler Bedeutung, als Ausbildungsstätte junger Menschen ebenso wie als wichtigste Arbeitgeberin unserer Region. Mit der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) befindet sich eine weitere bedeutende Hochschule in unserer Stadt. Mit 28.000 Studierenden an der JLU und fast 11.500 an der THM hat Gießen eine der höchsten Studierendendichten aller deutschen Universitätsstädte. Die ständig wachsenden Studierendenzahlen zeigen, wie attraktiv Gießen für junge Menschen aus Deutschland und vielen anderen Ländern geworden ist. Etwa 15 Prozent der Studierenden und 25 Prozent der Doktorand*innen an den Gießener Hochschulen kommen aus aller Welt. Sie bereichern die Internationalität der Bildung, Forschung und Kultur in unserer Stadt und fördern das interkulturelle Verstehen und Zusammenleben.

Aufgrund der enormen Bedeutung der Hochschulen sind diese entscheidende Akteurinnen für Gießens Entwicklung - sie beeinflussen maßgeblich das Stadtbild, die Infrastruktur und die Erreichung der Klimaschutzziele. Daher stehen wir für eine enge Kooperation zwischen Stadtpolitik und Hochschulen, insbesondere um bis 2035 klimaneutral zu werden. Mit 6.800 Beschäftigten sind die Hochschulen darüber hinaus wichtige und hochwertige Arbeitgeberinnen. Dem muss eine zukunftsorientierte Kommunalpolitik in stadtplanerischer, verkehrs- und wohnungspolitischer Hinsicht Rechnung tragen.

Ein zukunftsfähiges Gießen muss die innovativen Möglichkeiten der Hochschulen zur (Aus-) Gründung von Unternehmen, Service- und Laboreinrichtungen in allen Bereichen aber insbesondere auch Medizintechnik, Umwelt- und Biotechnologien, Ernährungswissenschaften und Informationstechniken nutzen und hier Prioritäten bei der städtischen Wirtschaftsförderung setzen. Solche Neugründungen bedeuten Arbeitsplätze für die hochqualifizierten Absolvent*innen der Hochschulen und stärken die Wirtschafts- und Finanzkraft unserer Stadt.

Für junge Menschen ist Gießen unter anderem aufgrund ihrer vielseitigen kulturellen und politischen Angebote attraktiv, die häufig privaten Initiativen entspringen und ehrenamtlich sowie unkommerziell organisiert werden. Für viele sind Veranstaltungen wie der "WG-Flohmarkt", die "Nachtanzdemo", "Gießen kocht" oder Techno Parties in der Gießener Umgebung besondere Highlights im Jahr. Diese unkommerziellen Veranstaltungen möchten wir in besonderem Maße fördern und unterstützen. Daher setzen wir uns dafür ein, sogenannte „Spontanparties“ an dafür festgelegten Orten in legalem Rahmen zu ermöglichen. Dass dabei der Naturschutz, die Sicherheit, sowie die Interessen von in der Nähe wohnenden Menschen beachtet werden, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Wir wollen

Zukunftsfähige Entwicklung der Hochschulen fördern und begleiten

- die JLU und die THM bei ihren baulichen, infrastrukturellen und programmatischen Weiterentwicklungen unterstützen und mit ihnen gemeinsam ihre Zukunft in der Stadt gestalten. Insbesondere soll die Stadt ihre städtebaulichen Entscheidungsspielräume nutzen um eine ökologische Entwicklung der Hochschulen zu fördern, wie insbesondere einem hohen energetischen Standard bei baulichen Maßnahmen, Ausstattung mit Solarenergie, Bereitstellung von Fahrradstellplätzen und dem Ausbau des Nextbikes Systems in der Stadt.
- für Studierende und Beschäftigte der Hochschulen insbesondere den nicht motorisierten Verkehr attraktiv machen, um die Verkehrsbelastungen für die Stadt zu minimieren: Weiterer Ausbau der Fahrradwege- und Radwegenetze, Ausbau der Fahrradinfrastruktur auf dem Campus, Erhaltung und Optimierung der bestehenden Buslinien und Haltestellen (s. a. Mobiles Gießen), Einrichtung einer Expressbuslinie zum Philosophikum und die Wiedereinführung einer Ringbuslinie zwischen den einzelnen Campusbereichen, Ausbau des Fahrradverleihsystems in Kooperation mit den ASten und den Hochschulen.
- die Hochschulen bei der Umsetzung innovativer Verkehrskonzepte, wie den autofreien Campi, unterstützen. Daher befürworten wir eine konsequente Parkraumbewirtschaftung in der Stadt und an der JLU sowie THM.
- eine inklusive Hochschulgemeinschaft erreichen und dafür sorgen, dass Barrierefreiheit nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei Sanierungen bestehender Gebäude gewährleistet wird.

Attraktive Bedingungen für den Übergang vom Studium in die Arbeitswelt schaffen

- (Aus-) Gründungen von innovativen Unternehmungen verstärkt fördern, damit Arbeitsplätze für die hochqualifizierten Absolventen der Hochschulen entstehen und sie dadurch die Möglichkeit erhalten, auch nach Abschluss des Studiums in Gießen zu bleiben.
- die Einrichtung eines Kultur- und Gewerbehofs im alten Feuerwehrgebäude unterstützen und möchten als Stadt sowohl die Errichtung, als auch den Betrieb finanziell mittragen.

Junges Leben In Gießen erhalten und fördern

- die Einrichtung von selbstverwalteten Studierendenhäusern als Raum für Kultur, politisches und gesellschaftliches Engagement an den Hochschulen unterstützen.
- eine moderne Drogenaufklärung, die junge Leute sachlich über Drogen und ihre Gefahren hinweist. Sachliche Information und Transparenz wirken abschreckender als Übertreibung und Bevormundung.
- die vielfältige und junge Kultur- und Partyszene in Gießen fördern und dem Clubsterben in der Innenstadt entgegenwirken.

Attraktive Rahmenbedingungen für Studium und Arbeit schaffen

- dafür sorgen, dass dauerhaft ausreichend Wohnraum für alle zur Verfügung steht. Daher möchten wir weiterhin den Ausbau von Studierendenwohnheimen unterstützen.
- der Schaffung von günstigem Wohnraum besondere Priorität einräumen, wenn es um die Vergabe von städtischen Flächen geht, und begrüßen geringen Flächenverbrauch, der insbesondere durch geringe Anzahl von PKW-Stellplätzen sichergestellt werden kann.
- uns für Mehrgenerationenhäuser einsetzen, die wir als wichtiges Element gegen den knapper werdenden Wohnraum ansehen, und von der alle Mitbewohner*innen profitieren können. Da Generationen über verschiedene Medien kommunizieren könnte auch hier die Vermittlung über eine städtische Koordinierungsstelle förderlich sein.
- in Zusammenarbeit mit der Hochschule und dem Studierendenwerk hochschulnahe Wohnungen für studierende Eltern errichten.

Wirtschaft

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsentwicklung ist für uns mehr als eine Gewerbeansiedlung. Deshalb fördern wir neue Ideen, die eine wirtschaftliche Dynamik sowie den Umbau und Paradigmenwechsel zu einer ökologischen Wirtschaftspolitik vorantreiben. Das Ziel ist die Entkopplung von wirtschaftlichem Wohlstand und Ressourcenverbrauch im Sinne einer zukünftigen Klimaneutralität. Wir unterstützen alle Firmen, die sich mit uns auf diesen Weg begeben.

Das Ziel ist die Schaffung und Sicherung von sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen für verschiedene Qualifikationsniveaus.

Vorteile der Hochschulen nutzen

Gießen hat seine Stärken in Forschung und Wissenschaft. Die wichtigsten Wirtschaftsfaktoren sind die Hochschulen und das Universitätsklinikum mit ihren etwa 40.000 Studierenden und insgesamt fast 10.000 Mitarbeitenden. Diese Menschen in Gießen zu halten und Hochschulabsolvent*innen adäquate Arbeitsplätze zu bieten, ist gleichzeitig Chance und Aufgabe einer städtischen Wirtschaftspolitik. Für die Region bietet sich der universitäre Schwerpunkt Lebenswissenschaften als sinnvolle Ergänzung und Erweiterung unseres Branchenclusters an. Die Ansiedlung des Fraunhofer-Institutes für Insektenbiotechnologie zeigt, welche Potentiale in diesem Bereich stecken.

Städtische Wirtschaftspolitik muss diesen Schwerpunkt nutzen und die Möglichkeiten fördern, die universitär gewonnenen Erkenntnisse in neue Produkte und Dienstleistungen für unsere Gesellschaft umzusetzen. Gießen muss ein Gründerzentrum für angewandte Biotechnologie werden! Wirtschaftsförderung sollte aktiv die Existenzgründung neuer Unternehmen als Ausgründung aus dem Bereich universitärer Forschung betreiben und unterstützen.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass auch in Gießen ein Kulturgewerbehof gegründet wird, z.B. auf dem Gebiet der ehemaligen Feuerwache (s.a. Bereich Kultur).

Mit dem Universitätsklinikum Gießen-Marburg und über 30 weiteren Krankenhäusern mit stationärer, teilstationärer und ambulanter Versorgung sowie einer guten, teilweise bereits vernetzten ambulanten Versorgungsdichte bietet unsere Region Mittelhessen hervorragende Voraussetzungen. Neben den Lebenswissenschaften und der Biotechnologie kann der Bereich der Gesundheitsdienstleistungen ein weiterer Schwerpunkt der Gründung von neuen Betrieben und Dienstleistungen werden.

Auch für Neuansiedlung von Handel und Gewerbe muss es in Gießen Möglichkeiten geben. Wir können dies nicht den umliegenden Gemeinden überlassen, die in der

Vergangenheit großflächig Gewerbegebiete ausgewiesen haben. Wir wollen aber gleichzeitig keinen Wettbewerb um möglichst billige Bauflächen und unnötige Landschaftsverriegelung. Deshalb müssen sinnvolle Kooperationen gesucht und vorhandene Flächen landschafts- und ressourcenschonend neu beplant und genutzt werden. Dafür bieten sich Flächen am Rande der Stadt (z.B. das Katzenfeld im Westen) sowie die Reaktivierung brachliegender Industrieflächen (z.B. das ehemalige Gail-Gelände) an. Das ehemalige Brauhausgelände kann im Mix von Wohnen und Gewerbe entwickelt werden.

Neue Gewerbegebiete werden genauso wie Wohngebiete das Gebot der Klimaneutralität beachten müssen. Wir werden dies mit der verbilligten Abgabe von städtischen Grundstücken sowie Zuschüssen zu Jobtickets unterstützen.

Wir wollen

- die Entwicklung der Universität und der Technischen Hochschule Mittelhessen weiterhin aktiv fördern, insbesondere bei der baulichen Entwicklung
- die Potentiale der Hochschulen verstärkt nutzen
- in Gießen eine Gründer*innenszene im Bereich Kreativwirtschaft, Biotechnologie und Gesundheitswesen schaffen. Dazu gehört intensives „Networking“ der Wirtschaftsförderung, insbesondere regelmäßig Begegnungen schaffen zwischen Universität, Gewerbe und Investoren und entsprechende Kontakte vermitteln. Monatliche Begegnungsforen sind zu etablieren, neue Formen der Zusammenarbeit (zum Beispiel von „co-working spaces“) aufzubauen.
- einen Kulturgewerbehof in der ehemaligen Feuerwache einrichten
- natürlich den städtischen Handel als zentralen Akteur mit der Gießen Marketing und den BIDs weiter unterstützen. Wir sind sicher, dass unser Konzept eines fußgängerfreundlichen autofreien Verkehrs innerhalb des Anlagenrings die Innenstadt attraktiver macht und den dortigen Handel belebt (s. Bereich Verkehr)

Tourismusförderung

Stadt und Region bieten ein vielfältiges Angebot an landschaftlichen, kulturellen und geschichtlichen Highlights. Wir setzen uns für eine Stärkung des umweltfreundlichen und nachhaltigen Tourismus ein, der dieses Angebot erfahrbar macht.

Die touristischen Zugpferde Lahn (Kanutourismus), überregionale Radwege, Mathematikum, Liebigmuseum und Stadtpark müssen stärker beworben und genutzt werden.

Hierbei wollen wir sie unterstützen durch:

- Informationsangebote an den "Ankunftsorten" wie Bahnhof und Fernbushaltestellen.
- Informationsangebote an den Eintrittspforten der überregionalen Radwege.

- den Ausbau der Wegweisung in der Stadt und die Nutzung neuer Medien zur Orientierung und Information mit der Anbindung der Innenstadt und Klein-Linden an überregionale Radwege.
- spezielle Angebote für Radtourist*innen wie zertifizierte "Bed and Bike"-Gastbetriebe.
- Leihräder an allen wichtigen Plätzen.

Faires Gießen

Wir Grüne stehen für einen global gerechten Interessenausgleich, der allen Menschen ein lebenswürdiges Dasein, frei von Armut und Umweltverschmutzung, auf unserem gemeinsamen Planeten ermöglicht. So haben wir auch in Gießen, getreu dem Motto „Global denken – Lokal handeln“, bereits in den vergangenen Wahlperioden erfolgreich damit begonnen über unser kommunales Handeln an einer gerechten und solidarischen Welt mitzuwirken.

Denn nach wie vor leben weltweit über eine Milliarde Menschen am Rande des Existenzminimums. 30.000 Menschen sterben täglich an den Folgen von Armut und Hunger .

Kommunen wie Gießen kommt bei der Bekämpfung solcher Missstände eine entscheidende Rolle zu. Sie können hauptsächlich in zweierlei Hinsicht Einfluss auf globale Armutsprobleme und so genannte Nord-Süd-Belange nehmen.

Zum einen indem das kommunale Beschaffungswesen, also all das was von einer Stadt oder Gemeinde eingekauft wird, auf den Einkauf von fair gehandelten Produkten umgestellt wird. Auf Produkte, die unter menschenwürdigen Umständen hergestellt und für die gerechte Löhne gezahlt wurden. Kommunen kommt hierbei eine erhebliche Marktmacht zu, da ihre Ausgaben beispielsweise in der BRD ca. 170 Milliarden Euro ausmachen und sie damit Einfluss auf weltweite Produktionsweisen nehmen können. Wir müssen verhindern, dass über Steuergelder menschenunwürdige Arbeitsbedingungen finanziert werden.

Zum anderen können Kommunen ihrer globalen Verantwortung entsprechen, indem sie innerhalb ihres Verantwortungsbereichs an einer Bewusstseinsbildung für weltweite Armutsproblemlagen und damit an Verhaltensänderungen mitwirken. Beispielsweise indem sie entsprechende Bildungsprojekte oder öffentlichkeitswirksame Aktionen anbieten oder unterstützen, indem sie Partnerschaften mit Kommunen aus armen Ländern unterhalten, indem sie als fairer Einkäufer als gutes und inspirierendes Vorbild vorangehen und, für uns Grüne ein entscheidender Punkt, indem sie ihre Bürger*innen in entsprechende Vorhaben einbinden.

Gießen ist seit 2011 als „Stadt des Fairen Handels“ zertifiziert. In Gießen konnten schon in beiden Bereichen Erfolge erzielt und damit die vielfältigen Möglichkeiten unter Beweis gestellt werden, anhand derer eine Kommune ihrer weltweiten Verantwortung im 21. Jahrhundert entsprechen kann:

So wurden aufgrund unseres Engagements bindende Beschlüsse zum städtischen Beschaffungswesen gefasst, etwa zur Einhaltung der Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation. Ebenso haben wir einen Beschluss erwirkt, dass auf dem Friedhof nur Grabsteine verlegt werden dürfen, die nachweislich nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen.

Ein großer Erfolg war der Stadtverordnetenbeschluss 2019, bei städtischen Beschaffungen fair und nachhaltig produzierte Güter vorzusehen, wenn dafür anerkannte Gütezeichen bestehen. Dieser Beschluss gilt für die Produktgruppen Lebensmittel, Blumen und Textilien.

Seit 1986 besteht eine Städtepartnerschaft mit San Juan del Sur in Nicaragua. Trotz der schwierigen politischen Lage wurde diese beibehalten und lokale Projekte unterstützt.

Wir unterstützen die Steuerungsgruppe „Fair Trade Town“, die seit 2011 maßgebliche Initiativen für ein Faires Gießen innerhalb der Stadtgesellschaft entwickelt. Dank der Mitarbeit verschiedener Gruppen, etwa Kirchen, Schulen, Vereinen, des Weltladens, der Verbraucherzentrale Hessen oder des Textilbündnisses ist der Faire Handel in der Stadtgesellschaft gut aufgestellt.

Die Bildungsarbeit des Vereins Solidarische Welt e.V., den Träger des Gießener Weltladens, unterstützen wir nicht nur ideell, sondern auch finanziell und können dadurch gewährleisten, dass auch weiterhin dessen Bildungsarbeit an Gießener Schulen angeboten wird. Gießen ist auch Fair-Trade-Town und damit Teil einer weltweiten Kampagne wird, die es sich zum Ziel gesetzt hat den fairen Handel auf kommunaler Ebene zu stärken und die jeweiligen Bürger*innen dabei mitzunehmen.

Diese Initiativen wollen wir weiter vorantreiben. Dazu soll das städtische Beschaffungswesen umgebaut werden, damit Gießen als Marktteilnehmer in der globalisierten Warenwelt auf faire Produktionsweisen in den Herkunftsländern einwirken kann

Außerdem ist es unser Ziel, die Gießener Stadtgesellschaft, die Bürger*innen, Vereine, Hochschulen, Schulen, Kirchen und Initiativen beispielsweise über die Fairtrade-Town-Initiative noch stärker für globale Armutsproblematiken zu interessieren und an einer Bewusstseinsbildung mitzuwirken, damit mehr Menschen ihr Verhalten reflektieren und ihr Einkaufsverhalten verändern. Im Bereich der Kommunalen Entwicklungspolitik sollen Informations- und Bildungsarbeit, Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene sowie die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und migrantischen Organisationen verstärkt werden. Dabei setzen die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen den Rahmen.

Wir wollen

- das städtische Beschaffungswesen Schritt für Schritt komplett auf fairen Produkteinkauf ausrichten.
- die Arbeit der Fair-Trade-Steuerungsgruppe und des Vereins Solidarische Welt zu Nord-Süd-Problematiken noch stärker finanziell unterstützen und Räume zur Bildungsarbeit im Zentrum der Stadt zur Verfügung stellen.
- die Fairtrade-Town-Initiative fest in der Stadt verankern und eine Schule als „Fairtrade-Schule“ zu gewinnen.
- die kommunalpolitische Entwicklungspolitik als Aufgabenfeld fest in der Stadtverwaltung zu verankern.

- dass Gießen regelmäßig öffentlichkeitswirksame Aktionen zu Nord-Süd-Thematiken durchführt, etwa im Rahmen der Fairen Woche oder des Tags der Nachhaltigkeit.
- dass die Stadt Gießen sich verstärkt mit anderen Fairtrade-Kommunen vernetzt, insbesondere innerhalb der nachhaltigen Metropolregion „RheinMainFair“.
- die Städtepartnerschaft mit San Juan del Sur in Nicaragua beibehalten.

Soziales, Bürgerbeteiligung, queeres Gießen, Frauenpolitik

Jugendhilfe: Prävention statt Reparatur

In den letzten Jahren sind die Kosten für die Jugendhilfe in ganz Deutschland angestiegen. Die Fachwelt ist sich einig darüber, dass dies eine Folge davon ist, dass unsere Gesellschaft immer mehr auseinanderfällt. Dies hat zur Folge, dass viele Familien ihrem erzieherischen Auftrag gegenüber den Kindern und Jugendlichen nicht mehr gerecht werden können. Wenn die Entwicklung des Kindes gefährdet ist, muss staatliche Hilfsleistung einsetzen. Notwendig ist dann, die Hilfeleistungen effektiv auf das Kind und die Familie auszurichten und die Familien in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen. Ebenso sind präventive Ansätze zur Stärkung von Familien notwendig, die über den engeren Bereich der Jugendhilfe hinausgehen. Deshalb ist die Arbeit der Familienzentren und der Gemeinwesenarbeit wichtig und muss in Verbindung mit der Jugendhilfe gesehen werden.

In der Vergangenheit wurden zusätzlich Präventionsprogramme eingeführt, z.B. "Hallo Welt" und die "Runde Sache", die Familien von Anfang an unterstützen.

Wir wollen

- ausreichend und qualifiziertes Personal im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes: ein*e Mitarbeiter*in sollte nicht mehr als 35 Familien betreuen.
- Neue Wege in der Prävention gehen: nach dem Vorbild des isländischen Modells "Planet Youth" soll die Alkohol- und Drogenprävention flächendeckend mit wissenschaftlicher Begleitung erfolgen durch einen Dreiklang von Information, Elternarbeit und Ausbau von organisierten Freizeitangeboten, z.B. durch eine "Freizeitkarte" für jedes Kind bei Teilnahme an qualitativ hochwertiger organisierter Freizeitgestaltung (Musik, Kunst, darstellendes Spiel, Sport). (s.a. Programmteil Sport).
- ein Kinderschutzteam einrichten, in dem schwerpunktmäßig alle Verdachtsmeldungen auf Mißbrauch und Misshandlung in der Familie bearbeitet werden.
- die Arbeit von Pflegeeltern weiter qualifizieren und stärken und dadurch neue Pflegeeltern gewinnen. Wir wollen auch unbegleitete minderjährige Jugendliche an Pflegeeltern vermitteln.
- wo immer es möglich ist, Aufgaben an freie Träger der Jugendhilfe übergeben, um der Verwaltung und dem allgemeinen sozialen Dienst (ASD) ausreichend Ressourcen für notwendige Steuerungs- und Kontrollaufgaben zur Verfügung zu stellen.

Sozialpolitik

Die gesellschaftliche Teilhabe muss für alle Menschen auch materiell möglich sein, damit eine Stadt in sozialem Frieden leben kann. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb eine umsichtige Sozialpolitik, damit alle Bürger*innen in die Lage versetzt werden, am städtischen Leben teilzuhaben. Begegnungen der unterschiedlichen Gruppen, Ethnien, Generationen und Welten sollen möglich sein.

Gießen stand und steht vor besonderen Herausforderungen. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, soziale Ungerechtigkeit auszugleichen, alle gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren und eine solidarische Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Dabei versteht sich grüne Politik als Motor einer urbanen und sozialen Stadtgesellschaft.

Die besonderen sozialen Probleme in Gießen kann man so zusammenfassen: sowohl der Anteil an Bezieher*innen von Sozialleistungen wie ALG2 und Grundsicherung ist in Gießen höher als in vergleichbar großen Städten, ebenso der Anteil an Alleinerziehenden. Dabei handelt es sich auch um einen statistischen Effekt, da in vergleichbaren Universitätsstädten (z.B. Marburg, Tübingen, Heidelberg) die wohlhabenderen Umlandgemeinden zur Stadt gehören. Daneben gibt es Wohnviertel, die sich durch besondere soziale Problemlagen auszeichnen (Nordstadt, Weststadt, Margaretenhütte, Eulenkopfsiedlung).

Positiv ist zu bemerken, dass in Gießen schon seit Jahrzehnten ein soziales Netz gewachsen ist, das beispielhaft ist. Ihm haben wir es zu verdanken, dass weniger Straßenkriminalität und weniger offene Verwahrlosung herrschen als in anderen Städten ähnlicher sozialer Struktur. Wir wollen dieses soziale Netz erhalten und weiterentwickeln:

Gemeinwesenarbeit

Die soziale Gemeinwesenarbeit ist ein Kennzeichen Gießener Sozialpolitik, weil hier verschiedene Ebenen und Arbeitsbereiche sinnvoll miteinander verknüpft werden: Betreuung und Hausaufgabenhilfe für Kinder, Sozial- und Schuldnerberatung für Erwachsene. Ursprünglich war sie nur in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen (Margaretenhütte, Eulenkopf, Gummiinsel) beheimatet, inzwischen hat sie sich zu einer vorbildlichen Stadtteilarbeit weiterentwickelt.

Wir wollen:

- die soziale Gemeinwesenarbeit als ein Kennzeichen Gießener Sozialpolitik erhalten und verstärken und noch besser mit der Arbeit der Jugendhilfe und der Familienzentren vernetzen
- weiter in deutlich erweiterte, qualitativ hochwertige sowie quartiersnahe Kinderbetreuungsangebote investieren.

Migration

Wir halten die Migration von und nach Deutschland für wichtig und ein belebendes Element in unserer Gesellschaft. Der kulturelle Austausch, die Begegnung mit anderen Sprachen und Kulturen macht uns alle reicher. Auf Grund ihrer Zuwanderungsgeschichte, Sprachbarrieren und oft fehlender formaler beruflicher Qualifikation stellen Geflüchtete eine besondere Herausforderung an die Stadt dar hinsichtlich sozialer Integration.

Wir wollen:

- das bestehende breite Angebot der VHS an Sprach- und Integrationskursen erweitern und für spezifische Bedarfe differenzieren (Kurse für Analphabet*innen, Kinderbetreuung während der Kurse, spezielle Kurse für Frauen); dies ist der wesentliche Baustein zur Integration von Geflüchteten und Migrant*innen.
- ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich (z.B. durch "an.ge.kommen e.V.") weiter unterstützen.
- die Ausländerbehörde weiter von einer reinen Ordnungsbehörde zu einer Dienstleistungsbehörde verändern.
- dass Vereine und Organisationen, in denen sich Migrant*innen organisieren, besser in die Kommunalpolitik einbezogen werden. Wir halten am gewählten Ausländerbeirat fest, ergänzend möchten wir einen Beirat gründen, in dem Migrant*innenselbstorganisationen vertreten sind.
- die Arbeit am Integrationsleitbild sowie das Weiterbildungsprogramm zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz fortsetzen.
- dass Gießen sich weiterhin als "sicherer Hafen" für Geflüchtete versteht.

Alte Menschen

Höhere Lebenserwartung, bessere Bildung und größere Mobilität haben die Lebenssituation alter Menschen positiv verändert. Da versorgende Familienstrukturen in Zukunft immer weniger vorhanden sein werden, steht die Gesellschaft vor neuen Aufgaben. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die den Menschen auch im Alter ein Leben in Würde und Selbstständigkeit sowie gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Grundlage dafür ist eine fundierte Altenhilfeplanung in den Kommunen. Deshalb soll der Altenhilfeplan laufend fortgeschrieben werden. Wir unterstützen alle Formen der aktiven Lebensgestaltung wie zum Beispiel Seniorengenossenschaften und Generationen übergreifende Projekte.

Auch im Fall der Pflegebedürftigkeit ist es der Wunsch der meisten alten Menschen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Die Versorgungsstrukturen müssen so gestaltet werden, dass dieser Wunsch berücksichtigt wird. Dazu ist es notwendig, möglichst flexible Betreuungs- und Versorgungsformen zu schaffen, von der ambulanten Betreuung zu Hause bis zur vollstationären

Pflegeeinrichtung. Die Stadt muss hier vernetzend und beratend tätig werden, um dieses Angebot zusammen mit freien Trägern und Einrichtungen sicherstellen zu können.

Hierfür ist es vorrangig, dass ein ausreichendes Angebot an seniorenrechtlichen Wohnungen geschaffen wird. Das Beratungsangebot für ältere Menschen muss transparenter werden. Durch eine einheitliche Telefonnummer können alle Informationen abgefragt werden über ambulante Pflegedienste, Vermittlung von Pflegebetten, psychosoziale Betreuungsinstitutionen, genossenschaftliche Modelle der Pflege sowie Angebote zur Freizeitgestaltung oder des ehrenamtlichen Engagements.

Im Sinne des ganzheitlichen Anspruchs auf Leben und Sterben in Würde unterstützen wir die Hospizbewegung. Ambulante und stationäre Hospizdienste haben Anspruch auf eine angemessene Förderung ihrer Arbeit.

Wir wollen

- ein ausreichendes Angebot an seniorenrechtlichen Wohnungen.
- Modellprojekte für Generationen übergreifendes Wohnen unterstützen.
- ein Servicebüro für altersgerechtes Wohnen sowie für Pflege- und Hilfsdienste (d.h. die Weiterentwicklung der Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen (Beko) und des Pflegestützpunktes der Krankenkassen.
- eine angemessene Unterstützung für die Arbeit von ambulanten und stationären Hospizdiensten.

Menschen mit Behinderungen

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgeschrieben und ist seit 2009 auch in Deutschland geltendes Recht. Hieraus ist eine besondere Verpflichtung aller staatlichen Ebenen zur Verwirklichung von Teilhabe entstanden.

Nicht Fürsorge des Staates allein, sondern gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ist unser Ziel. Die Zahl der auf Hilfe angewiesenen Menschen mit Behinderungen nimmt stetig zu. Für diese Menschen sind flexible und den Bedürfnissen eng angepasste Betreuungsformen zu entwickeln und auszubauen. Dazu bedarf es einer engen Abstimmung und Kooperation mit dem Landeswohlfahrtsverband Hessen, dem überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe.

Wir wollen

- die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu einer Leitlinie städtischen Handelns machen.
- das System persönlicher Budgets für Menschen mit Behinderungen weiter voranbringen.
- die wohnortnahe Inklusion von Kindern mit Behinderungen in allen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen ausbauen.

- bei städtischen Planungen, in Bussen und Bahnen sowie im Straßenverkehr die Belange von Menschen mit Behinderungen besonders berücksichtigen, d.h.: Gießen barrierefrei!
- dass die städtischen Ämter Informationen, Anträge und Formblätter in sogenannter "einfacher" Sprache verfassen.
- dass im Rathaus die Barrierefreiheit auch ausgedehnt wird auf Informationssysteme (Symbole, Blindenschrift u.a.) für Menschen mit Behinderungen.

Gießen-Pass

Der Gießen-Pass erleichtert es Menschen mit geringem Einkommen, am öffentlichen Leben teilzunehmen und nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Dieses Angebot wollen wir weiter erhalten.

Arbeitsmarktpolitik

Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ geht es darum, intensiv auf die Potenziale und Probleme von erwerbslosen Frauen und Männern, Jugendlichen und älteren Arbeitnehmer*innen mit und ohne Migrationshintergrund einzugehen, dabei sind die familiären Verpflichtungen gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Familienangehörigen zu beachten.

Für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes und die Vermittlung der Arbeitssuchenden ist nicht die Stadt Gießen zuständig, sondern die Agentur für Arbeit als Bundesbehörde und das Jobcenter, für welche die Agentur für Arbeit und der Landkreis Gießen gemeinsam die Verantwortung wahrnehmen.

Gleichwohl denken wir, dass sich die Stadt Gießen nicht völlig aus einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückziehen sollte, sondern sich in bestimmten Bereichen daran ergänzend beteiligen sollte. Dabei geht es darum, intensiv auf die Potenziale und Probleme der Arbeitssuchenden einzugehen.

Deshalb haben wir auch die Mittel für kommunale Arbeitsmarktförderung auch bei knappen Kassen beibehalten und die Struktur unserer großen Beschäftigungsträger weiter aufrechterhalten.

Wir wollen

Einrichtungen wie die Jugendwerkstatt, das Zentrum für Arbeit und Umwelt (ZAUG), die Initiative Jugendberufshilfe (IJB), oder die Arbeitslosenhilfe e.V. Gießen weiterhin finanzieren und die Mittel, die die Stadt Gießen in den letzten Jahren für diese Arbeit zur Verfügung gestellt hat (ca. 750.000€ jährlich), in einem eigenen Arbeitsmarktbudget festschreiben und sichern sowie auf eine vertragliche Basis stellen.

Politik für ein buntes Leben

Wir Grüne setzen uns seit jeher für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und transidenten Menschen ein. Wir heißen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Gießen willkommen. Das traditionelle Verständnis von Zweigeschlechtlichkeit und die damit verbundenen Geschlechterrollen finden wir überholt.

Wir machen uns stark dafür, dass Diskriminierung nicht geduldet wird. Wir kämpfen für Gleichstellung und gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit. Cissexismus – also die Ablehnung, Ausgrenzung und Diskriminierung von trans*, inter* und nicht-binären Menschen - hat bei uns keinen Platz. Wir wollen gleiche Rechte für alle Menschen: sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung. Das möchten wir in Gießen ganz selbstverständlich vorleben. Niemand soll sich mehr vor Benachteiligungen fürchten müssen.

Wir wollen

- Beratung und Selbsthilfe unterstützen.
- angehen gegen Diskriminierung und Mehrfachdiskriminierung (etwa aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Hautfarbe, Beeinträchtigung, Religion, Alter, Gewicht).
- lesbische und schwule Selbsthilfe- und Beratungsstellen stärken und dabei intersektionales Engagement weiter fördern.
- das entsprechende Beratungsangebot für Migrant*innen verstärken.
- dazu beitragen, dass die Beratungsarbeit so aufgestellt wird, dass sie weiterhin die sich verändernde queere Szene erreicht.
- die Lebenssituation von Regenbogenfamilien und jungen queeren Menschen verbessern, Kitas, Schulen und Jugendhilfe für das Thema sensibilisieren und Aufklärung und Beratung leisten.
- queere Kultur stützen und öffentlich machen.

Emanzipiertes Gießen

Ohne Quote

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der von der Quotenregelung nicht mehr die Rede ist, für eine Gesellschaft, in der die Verantwortung und soziale Zuständigkeit für alle Menschen zwischen Männern und Frauen ehrlich verteilt ist. Wir wollen die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie für Männer und Frauen erreichen. Wir streben eine Gesellschaft an, in der Einrichtungen wie „Wildwasser“ oder „Unvergesslich weiblich“ nicht mehr gebraucht werden. Wir wollen, dass „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in keinem Programm mehr stehen muss. Dafür werden wir kämpfen und arbeiten. Wir wollen eine geschlechterbewusste Bildung und Erziehung von Mädchen und Jungen (Selbstwertstärkung; friedliche Konfliktlösung; Lebens- und Familienplanung mit partnerschaftlicher Arbeitsteilung), eine geschlechterbewusste Aus- und Weiterbildung von kommunalen Akteur*innen (im Sinne von Gender Mainstreaming) und

geschlechtergerechte Budgetverhandlungen und -entscheidungen. Durch die Umsetzung flexibler Betreuungsangebote (s. „Junges Gießen“) wollen wir v.a. die Möglichkeiten von Frauen verbessern, nach einer Familienphase wieder in den Beruf einzusteigen.

Ohne Gewalt

Jegliche Form von Gewalt muss gesellschaftlich verurteilt und bestraft werden. Verbale Gewalt, sexistische Äußerungen und sexuelle Belästigung dürfen nicht länger als sogenannte „Kavaliersdelikte“ abgetan werden. Deshalb unterstützen wir die Bestrebungen, "catcalling" (verbale sexuelle Belästigung) strafbar zu machen.

Das Thema Gewalt gegen Frauen ist nicht nur ganz handgreiflich zu verstehen, sondern auch strukturell. Die Bekämpfung dieser Gewalt ist ein wichtiges Thema. Freiheitsberaubung und physische Gewalt sind niemals zu rechtfertigen, auch nicht mit Traditionen (zum Beispiel bei Zwangsverheiratungen).

Zum Schutz vor Gewalt wollen wir:

- gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser, damit der Nachfrage entsprochen werden kann
- die „Oase“, das Haus für wohnungslose Frauen, bedarfsgerecht ausstatten und erweitern
- die städtischen Zuschüsse für „Unvergesslich weiblich“ (auf unsere Initiative hin wieder eingeführt und erweitert) und „Wildwasser“ sichern
- ein spezielles Beratungsangebot für Frauen, die in der Prostitution arbeiten oder aus der Prostitution aussteigen wollen (z.B. eine Außenstelle von „Frauenrecht ist Menschenrecht“)

Gesundheit für alle

Die Möglichkeit, sein eigenes Leben aktiv und sinnhaft zu gestalten und am öffentlichen Leben teilhaben zu können, ist eine wichtige Voraussetzung körperlicher und seelischer Gesundheit. Hier an Verbesserungen zu arbeiten und möglichst vielen Menschen Teilhabe und Mitgestaltung zu ermöglichen, ist wesentliches Ziel grüner Sozial- und Gesundheitspolitik.

Insbesondere in Schulen und Kindertagesstätten, die in sozial benachteiligten Quartieren liegen, gibt es häufiger Entwicklungsverzögerung, Nichtinanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen und höhere Kariesquoten. Informationen rund um Ernährung, Zahnpflege und gesundheitsbewusstes Verhalten werden immer wichtiger.

Kinder aller sozialen Schichten leiden unter zunehmendem Bewegungsmangel und fehlendem kreativen Spiel. Ursache ist neben dem zu hohen Fernseh- und Computergebrauch auch eine nicht kindgemäße Umgebung, zu viel Verkehr, zu wenig oder zu stark strukturierte (= langweilige) Spielräume.

Weiterhin ist Alkohol die Droge Nr. 1 in unserer Gesellschaft, Cannabiskonsum gewinnt u.a. wegen der erhöhten THC-Konzentration eine zunehmende Bedeutung. Deshalb

wollen wir ein strukturiertes Präventionsprojekt nach isländischem Vorbild ("planet youth") auch in Gießen umsetzen.

Wir wollen

- die Zusammenarbeit von Erziehungsberatungsstellen und Familienbildung mit den Kindertagesstätten fördern, um frühzeitig Probleme von Kindern im Vorschulbereich zu erkennen und zu behandeln (s.a. unter „Junges Gießen“, Stichwort: Familienzentren).
- ein strukturiertes Alkohol- und Drogenpräventionsprogramm, das Aufklärung, Elternarbeit sowie alternative Freizeitgestaltung beinhaltet („planet youth“).
- die Drogenberatungsstelle weiterhin unterstützen und fördern
- die AIDS-Hilfe weiterhin unterstützen.
- die niedrigschwelligen Angebote speziell für chronisch Alkoholranke weiter verbessern: Fortführung der Straßensozialarbeit.
- mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen (s.a. „Mobiles Gießen) sowie mehr „Spielraum“ für Kinder, um Bewegungsmöglichkeiten zu verbessern und eine andere Bewegungskultur zu etablieren.

Neue Wege der Bürger*innen-Beteiligung

Die Grünen haben in Gießen als einzige Partei die Entwicklung einer lokalen Agenda 21 in einer kommunalen Verankerung vorangetrieben. Zur Moderation des Prozesses hat die Stadt Gießen ein Agenda-Büro eingerichtet.

Neben der bewährten und ertragreichen Form des Agendaprozesses wollen wir in Zukunft auch neue Wege der Bürgerbeteiligung gehen.

Wir wollen

- die bisherigen Strukturen der Bürger*innenbeteiligung aufgreifen und weiterentwickeln, insbesondere das neugeschaffene Instrument der Beteiligungssatzung aktiv gestalten und evaluieren.
- Darüber hinaus wollen wir weitere, neue Formen der Bürger*innenbeteiligung in Gießen einführen, vor allem solche, in denen auch ein breiter Querschnitt der Bevölkerung zu Wort kommt, wie zum Beispiel das Bürger*innengutachten.

Ein Bürger*innengutachten enthält die Empfehlungen von Bürger*innen zu einer bestimmten politischen Frage. In ein Bürger*innengutachten fließen die Lebens- und Berufserfahrung von ganz vielen verschiedenen Menschen ein.

Das Besondere ist das Verfahren:

- Die Teilnehmenden werden im Zufallsverfahren aus den Melderegistern gezogen. Alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung sind vertreten, auch die bisher »schweigende Mehrheit«.
- In Gruppen von ca. 25 Personen sind sie in der Regel vier ganze Arbeitstage lang tätig. Dafür erhalten sie eine Aufwandsentschädigung. Viele Hilfestellungen

ermöglichen es, von der Arbeit in Betrieb und Familie freigestellt zu werden. Es handelt sich um sachorientierte Arbeit.

- In der Regel arbeiten mindestens vier Gruppen, also 100 Bürger*innen, am gleichen Thema. Es können auch viel mehr Gruppen sein, denn sie gehen alle nach dem gleichen Arbeitsprogramm vor.
- Die Gutachter*innen werden von Expert*innen zu allen wichtigen Aspekten des Themas informiert. Bei strittigen Fragen referieren Fachleute mit verschiedenen Ansichten (kontroverse Information).
- Die meiste Arbeit geschieht in Kleingruppen zu etwa 5 Teilnehmenden. Diese werden etwa alle eineinhalb Stunden neu zusammengesetzt. Sie arbeiten frei und ohne Überwachung oder Moderation.
- Das ganze Verfahren wird von einem unabhängigen Durchführungsträger vorbereitet, organisiert, durchgeführt und dokumentiert. Er stellt auch das Arbeitsprogramm zusammen, das für alle Arbeitsgruppen gleich ist, und stellt je zwei Prozessbegleitende für jede Arbeitsgruppe. Diese organisieren einen arbeitsförderlichen, inhaltlich neutralen Rahmen für die Arbeit der Gutachter*innen.
- Die Empfehlungen der Teilnehmenden werden zusammengefasst, verdichtet, nochmals von Vertreter*innen der Bürger*innen geprüft und dann als Bürger*innengutachten veröffentlicht. Erst wenn das Bürger*innengutachten im Druck ist, erhält es der Auftraggeber, der also keinen Einfluss auf die Inhalte hat, wenn das Verfahren einmal begonnen hat.

Was aus den Ergebnissen wird, entscheidet der Auftraggeber.

Vereine, freiwilliges Engagement

Gießen hat eine lange zivilgesellschaftliche Tradition und ein reges Vereinsleben. Viele der oben beschriebenen Aufgaben werden jetzt schon auch von diesen Strukturen getragen und unterstützt. Das trägt wesentlich zu der besondern "Gießener Mischung" bei, die sich gerade wieder in der großen Hilfsbereitschaft und Toleranz für Geflüchtete zeigt und die immer wieder neue Ideen und Projekte auf den Weg bringt.

Dies unterstützen wir auch mit der Förderung der Vereine "Ehrenamt" und "freiwillig sozial aktiv", die Anlaufstellen für freiwilliges Engagement sind und wichtige Netzwerk und Projektarbeit leisten.

Sport und Bewegung

Sport und Bewegung machen Spaß und haben eine hohe gesellschaftliche und gesundheitliche Bedeutung. Sportvereine und –verbände übernehmen in vielen Bereichen soziale Verantwortung und sind Orte der Begegnung, des Austauschs und des sportlichen Wettbewerbs. Der ehrenamtliche Einsatz im und außerhalb des organisierten Sports sind im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar. Der Sport ist folgerichtig in der hessischen Verfassung verankert.

Für uns GRÜNE gehören Sport und Bewegung zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Wir sehen die Förderung von Sport und Bewegung als kommunale Pflichtaufgabe.

Sport in Gießen

Der organisierte Sport ist die größte Personenvereinigung in Deutschland. In Hessen ist ein Viertel der Bevölkerung, also über 2 Millionen Menschen in einem der ca. 7600 Sportvereine engagiert. Auch in Gießen leisten die über 80 Sportvereine einen großen Beitrag zur Lebensqualität, die unsere Stadt ausmacht. Deshalb sind die Vereins- und Verbandsvertreter*innen, sowie der Sportkreis Gießen wichtige Ansprechpartner*innen für uns. Viele Menschen in Gießen sind darüber hinaus auch vereinsunabhängig sportlich unterwegs, sei es in privat betriebenen Einrichtungen (Fitness-, Tanz- und Yogastudios, Kampfsportschulen u.a.) oder im Freien: Der Schwanenteich, der Schiffenberg, aber auch die vielen Strecken und Flächen im Stadtwald und im Grünen vor der Tür laden zum Laufen, Radfahren und weiteren sportlichen Aktivitäten im Freien ein. Wir GRÜNE sehen es als grundlegende Aufgabe, Sport- und Bewegungsangebote im gesamten Stadtgebiet zu erhalten und weiter auszubauen.

Sporträume

Gießen ist eine dynamische Stadt. In den letzten 20 Jahren sind wir um über 10.000 Mitbürger*innen gewachsen. Als Stadt müssen wir unserer Aufgabe gerecht werden auch von der sportlichen Infrastruktur mitzuwachsen. Nicht alles lässt sich draußen und auf allen Flächen realisieren. Der Erhalt der Sportflächen, das Schaffen neuer Flächen, sowie die ggf. anfallende (energetische) Sanierung von Sportstätten sehen wir als eine der Hauptaufgaben in den nächsten Jahren. Durch eine höhere Einwohner*innenzahl wächst auch der Bedarf an Schulsportstunden in den städtischen Turnhallen. Ebenso wachsen die Bedarfe bei den Vereinen durch neue Mitglieder. Hier werden wir in neue Sportstätten und Sportplätze investieren und dabei Landesmittel zur Finanzierung mit heranziehen. Unsere Sportstätten müssen barrierefrei sein. Für Sportler*innen genauso wie für Zuschauer*innen. Vereine wollen wir darin unterstützen sichtbare und unsichtbare Barrieren auf dem Vereinseigenen Gelände und den eigenen Gebäuden abzubauen. Darüber hinaus werden wir uns für die Schaffung weiterer Sport- und

Bewegungsangebote für Jugendliche, aber auch für Ältere, einsetzen. Hierzu gehört, dass auch diejenigen, die sich nicht vereinsgebunden bewegen wollen, ausreichende Möglichkeiten finden. Sport findet nicht nur in ausgewiesenen Sportstätten und Sporthallen statt. Wir möchten, dass die Stadtplanung immer die Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum im Blick hat. So sollen auch z.B. Inliner und Skater*innen genügend Möglichkeiten finden.

Selbstverständlich bleibt mit uns Grünen in Regierungsverantwortung die Nutzung der städtischen Sportstätten für Gießener Vereine weiterhin kostenfrei.

Schwimmbäder

Die Stadt Gießen ist mit dem Badezentrum Ringalle, dem angeschlossenen Freibad, dem Westbad sowie den Freibädern in Klein-Linden und Lützellinden gut aufgestellt. Die Anzahl der Nichtschwimmer*innen nimmt jedoch jährlich zu. Mit uns werden die städtischen Bäder weiter instandgehalten und ggf. erweitert. Hierfür haben wir bereits in der Vergangenheit auch auf umfangreiche Landesmittel zurückgegriffen. Wie auch bei Sport- und Turnhallen, stehen Aspekte der energetischen Nachhaltigkeit, sowie der Barrierefreiheit im Zentrum der neuen Maßnahmen. Gemeinsam mit den Sportvereinen und der DLRG wollen wir, dass jedes Kind in Gießen eine Schwimmgrundausbildung auf dem Weg bringen. Wir GRÜNE sind der festen Überzeugung, dass jedes Kind Schwimmen lernen können muss.

Sportentwicklungsplan

Wir werden unter Anspruchnahme von Landesmitteln einen Sportentwicklungsplan für Gießen auf den Weg bringen, der in ein sportpolitisches Leitbild übergehen soll. Von Anfang bis Ende werden wir diesen Prozess transparent und im Dialog mit dem Sportkreis, der Sportkommission sowie weiteren Vertreter*innen aus dem nichtorganisiertem Sport führen.

Sportkommission

Wir sehen die Sportkommission als wichtigen Ort des institutionalisierten Austausches zwischen Politik, Verwaltung und Sportermöglicher*innen in unserer Stadt. Diesen Austausch möchten wir weiter pflegen und wichtige sportpolitische Entscheidungen mit den sachkundigen Einwohner*innen gemeinsam vorbereiten. Wie bei der Besetzung anderer Gremien und Kommissionen möchten wir eine Quote einführen, die sicherstellt, dass Männer und Frauen gleichberechtigt vertreten sind. Außerdem sollen in der Sportkommission auch Vertreter*innen des nichtorganisierten Sports Gehör finden.

Sportförderrichtlinie

Die Überarbeitung der Sportförderrichtlinie und die Änderungen, die vor allem den Jüngsten im Sport zugutekommen, haben sich in den letzten Jahren bewährt. Im Rahmen eines breiter gefassten Alkohol- und Drogenpräventionskonzeptes (s.a. Programmteil Jugend) wollen wir das Angebot für Kinder und Jugendliche auch in der Breite qualifizieren. Wir wollen weiterhin inklusive Sportangebote fördern. Eine stetige Weiterentwicklung des Sportentwicklungsplans halten wir für geboten. So müssen wir der noch zu geringen Sichtbarkeit von Frauen und Mädchen im Sport Rechnung tragen. Die klare Positionierung gegen demokratiefeindliche Bestrebungen sind ebenso Bestandteile einer Weiterentwicklung, wie die Sensibilisierung für LSBTIQ* Menschen im organisierten Sport.

Ehrenamt

Das wertvollste, das Menschen spenden können ist ihre Zeit. Für uns GRÜNE ist die Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements, insbesondere auch im Sport mehr als die Erwähnung in Sonntagsreden. Mit uns werden bestehende wertschätzende Formate beibehalten und weiter ausgebaut. Engagement verstehen wir diverser und über die Übernahme eines Ehrenamtes.

Sportvereine und der organisierte Sport

Knapp 20% der Gießener Bevölkerung sind in einem Sportverein organisiert. Die Autonomie und die Integrität des Sports sind wesentliche Bestandteile GRÜNER Sportpolitik. Somit werden wir auch weiterhin die heimischen Sportvereine unterstützen und weiter im Dialog mit dem Sportkreis und den heimischen Sportfachverbänden bleiben.

Integration durch Sport

Gießen ist bunt. Der Gießener Sport ist es auch. Beim Sport spielt die Hautfarbe, die Herkunft, das Geschlecht und der Aufenthaltstatus keine Rolle. Der Sport und insbesondere der Sportverein baut als Ort der Begegnung und des Kennenlernens Vorurteile ab und trägt so zum sozialen Frieden bei. Mit uns werden wir weiterhin alle Vereine in ihrer sozial-integrativen Arbeit unterstützen. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch viele Bereiche zieht. Deshalb unterstützen wir die Verzahnung der Integrationsakteur*innen im Sport mit dem Runden Tisch Integration. Wir sind stolz auf unsere Stützpunktvereine im Bundesprogramm Integration durch Sport und Willkommen im Sport und weiterer Bundesprogramme. Wir nehmen weiterhin am Landesprogramm Sport und Flüchtlinge teil und stellen dafür die nötige Infrastruktur innerhalb der Verwaltung zur Verfügung.

Sportveranstaltungen

Wir GRÜNE unterstützen ausdrücklich die bestehenden Sportveranstaltungen in unserer Stadt, wie zum Beispiel „Gießen TANZT!“, die Pfingstregatta, das „Run ,n Roll for help“, das „Radrennen rund ums Stadttheater“, „Sport in der City“ und viele weitere kleine und große Veranstaltungen mehr. Diese und weitere Veranstaltungen wollen wir auch weiterhin unterstützen und fördern. Dabei wollen wir mit den Veranstalter*innen gemeinsam noch stärker auf Nachhaltigkeitsaspekte schauen. Vom Catering über Logistik, von Sonderbussen hin zu temporär aufgestellten Fahrradständern wollen wir unsere Veranstaltungen noch umweltbewusster durchführen.

Leistungssport

Gießen ist Heimstätte vieler Profisportler*innen. Wir sind stolz auf unsere Athlet*innen und ihre Vereine. Neben unserer Unterstützung des Breitensports sehen wir es auch als unsere Aufgabe gemeinsam mit Land und Bund bestmögliche Voraussetzungen für den heimischen Leistungssport zu schaffen und zu erhalten. Wir setzen uns ein für einen Ausbau der Osthalle, der den Anforderungen des Leistungs- und Profisports gerecht wird.

Schule und Kultur

Gießen – Stadt der Bildung und Wissenschaft, Kultur und Kreativität

Gießen ist eine junge Stadt, die jüngste in Hessen mit einem Durchschnittsalter von 39 Jahren. Das Durchschnittsalter in Deutschland liegt bei über 44 Jahren.

Gießen ist mittelhessisches Zentrum für Bildung, Kunst und Kultur. Unsere Stadt entwickelt sich zu einem Kreativsphärengebiet, zu einer Innovationslandschaft im Herzen von Hessen.

Diese Ressourcen wollen Bündnis 90 /Die Grünen für eine zukunftsorientierte ökologische, digitale und soziale Entwicklung unserer Stadt nutzen.

Wir wollen erstens in Kitas, Schulen, außerschulische Bildungseinrichtungen, Kultur, Künste und Kreativität weiter kräftig investieren und zweitens enge und bedarfsgerechte Kooperationen zwischen Schulen, Kultureinrichtungen, Künstler*innen und Kreativen fördern.

Bildung

Kinder

Kinder brauchen nicht nur ihre Eltern, sondern ein Gemeinwesen, das sich seiner Verantwortung ihnen gegenüber bewusst ist.

Wir möchten die Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, dass Eltern Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Zeit für ihre Kinder so kombinieren können, wie es ihrer Vorstellung entspricht. Es ist eine selbstverständliche demokratische Aufgabe und auch zunehmend eine demografische Herausforderung, allen Kindern gleiche Chancen zu geben und es allen Erwachsenen zu ermöglichen, Familie und berufliche Entwicklung zu vereinbaren.

Professionelle und verlässliche Betreuungs- und Bildungseinrichtungen

Wir wollen Familien in der Stadt Wohnen, Leben und Arbeiten ermöglichen. Wir wollen, dass Wohngebiete genügend Spielplätze, Bolzplätze und Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf haben, optimal an Bus und Bahn angebunden sind und dass schnelle Radverbindungen zur Innenstadt, zu Schulen und zu Arbeitsplätzen führen. Wohnortnahe Kitas sind für uns eine Selbstverständlichkeit.

Kindertagesstätten sind neben Bildungseinrichtungen auch professionelle und verlässliche Betreuungseinrichtungen. Die Angebote werden wir so flexibel ausgestalten, dass sie den Anforderungen der Familien gerecht werden und ihnen eine möglichst große Wahlfreiheit lassen.

Viele Studien haben gezeigt, wie entscheidend die soziale Herkunft für die Bildungs- und Berufschancen von Kindern ist. Gerade Kitas, die geprägt sind durch einen hohen Anteil von Kindern aus armen oder von Armut bedrohten Familien und Kindern mit Migrationshintergrund, sollen in dieser Hinsicht kommunal besser gefördert werden. Wir wollen allen Kindern optimale Startchancen verschaffen.

Dazu müssen Kindertagesstätten verstärkt in die Lage versetzt werden, eine gefährdete Entwicklung von Kindern in körperlicher, sprachlicher, motorischer und psychosozialer Hinsicht zu erkennen und ihr entgegenzuwirken. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Umbrüche sehen wir auch den Bedarf vieler Eltern, sich über Erziehungsfragen zu informieren und kompetent beraten zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die enge Kooperation von Erzieher*innen in den Kitas mit allen weiteren Angeboten, die präventiv oder auch therapeutisch mit kindlichen Entwicklungsstörungen arbeiten (Beratungsstellen, Familienbildungsstätte, Therapeut*innen und anderen), unabdingbar.

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir die Verbesserung der Kindertagesstätten und die Ausweitung des Angebotes zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit in den letzten Jahren gemacht.

Wir haben die Entwicklung der Gießener Kitas zu „Familienzentren“, in denen die Arbeit von Beratungsstellen, Familienbildung, Sportvereinen und anderen Institutionen gesellschaftlichen Lebens und Kindertagesstätten vernetzt wird, vorangebracht und mit einer eigenen Koordinationsstelle und zusätzlichen Mitteln für die Kitas verstärkt. Dabei haben wir darauf geachtet, dass jede Kita entsprechend ihren Bedingungen und ihrem Umfeld eine eigenständige Entwicklung nehmen kann. **Dieser „Gießener Weg“ ist inzwischen schon zu einem Markenzeichen in der Fachdebatte geworden und wird von allen Fachleuten uneingeschränkt begrüßt. Es gibt keine Kommune in Deutschland, die in der Weiterentwicklung ihrer Kitas weiter wäre.**

Der Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren ist weiter vorangegangen. Zur Verbesserung der Betreuungsqualität wurde Personalschlüssel in den U3-Gruppen erhöht, indem zusätzliches Personal für alltagsunterstützende Tätigkeiten eingestellt wurde.

Alle Kitas wurden systematisch im Umgang mit sexuellem Missbrauch und Misshandlung weitergebildet.

In eher von Armut betroffenen Stadtteilen wurden die Gruppengrößen verkleinert – auch in Zeiten schwieriger Rahmenbedingungen durch das Land.

Die Kitabeiträge wurden deutlich abgesenkt und einkommensabhängig gestaffelt. Bis zu einem Nettoeinkommen von ca. 2000€ muss niemand mehr Kitagebühren zahlen!

Es wurden neue Modelle für flexible Öffnungszeiten umgesetzt, um die Vereinbarkeit von Kindern und Berufstätigkeit zu verbessern.

Es wurde ein neues gemeinsames Anmeldeportal ("Little Bird") geschaffen, um den Service für Betreuung suchende Familien zu verbessern.

Es wurden auch neue, eher ungewöhnliche Angebote für Kindertagesstätten geschaffen: es gibt inzwischen einen "Waldkindergarten" sowie einen "Bauernhofkindergarten" in Gießen. Dadurch wurde die vorhandene Kinderbetreuung um flexible und der Gesundheit der Kinder dienende Möglichkeiten ergänzt.

Wir wollen weiterhin

- den Ausbau der Kitabetreuung, so dass genügend Plätze nach Bedarf der Familien vorhanden sind.
- den Gießener Weg der Entwicklung von Familienzentren weiter verfolgen und alle städtischen Kitas zu integrierten Einrichtungen für Kinder und Familien machen.
- die Betreuung gerade für unter dreijährige Kinder qualitativ verbessern. Das Ziel sollte entsprechend fachlichen Empfehlungen ein Betreuungsschlüssel von 1:3 sein, d.h. eine Betreuungsperson für drei Kinder (derzeitiger Schlüssel: 1:4,5).
- kleinere Gruppengrößen insbesondere in Einrichtungen mit einem hohen Anteil armer und armutsgefährdeter und dadurch in ihrer Entwicklung bedrohter Kinder.
- flexible Öffnungszeiten zwischen 7 und 18 Uhr.
- jede Kita in die Lage versetzen, ein eigenständiges pädagogisches Profil zu entwickeln.
- dazu die Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen fördern und weiterentwickeln.
- vermehrte Fort- und Weiterbildung für Erzieher*innen, die Arbeit von Tagesmüttern und -vätern unterstützen, indem wir ihre Qualifizierung fördern und für eine angemessene sozialversicherungsrechtliche Absicherung sorgen, da für uns ihre Arbeit ein unverzichtbarer Baustein der Kinderbetreuung in der Stadt ist.

Familienzentren (oder: Kinder- und Familienzentren) bieten für Kinder, Eltern und Familien Angebote einer leicht zugänglichen Unterstützung und Förderung. Der Begriff Familienzentrum bezieht sich in dieser Definition auf Kindertagesstätten, die Knotenpunkte in einem Netzwerk bilden, das Kinder individuell fördert sowie Familien umfassend berät und unterstützt. Ziel ist die Zusammenführung von Bildung, Erziehung und Betreuung als Aufgabe der Kindertageseinrichtungen mit Angeboten der Beratung und Hilfe für Familien.

Kinder- und Familienzentren sind Bildungs- und Erfahrungsorte, die an nachbarschaftliche Lebenszusammenhänge anknüpfen, Selbsthilfepotenziale von Eltern aktivieren und soziale Netzwerke unterstützen und fördern. Das Bildungs- und Beratungsangebot sollte sich jeweils an den konkreten Bedürfnissen vor Ort orientieren. Das bedeutet, dass Familienzentren sehr unterschiedliche Angebote für spezifische Zielgruppen entwickeln.

Kinder- und Familienzentren orientieren sich jeweils an den konkreten Bedarfen des Sozialraums, die kontinuierlich erhoben werden. Im Zentrum der Bemühungen um die Förderung der Kinder stehen bisher im Vordergrund:

- Partizipation
- Sprachförderung
- Partizipation
- Bewegungsförderung
- gesunde Ernährung

Das Angebot für Eltern und Familien konzentriert sich in Familienzentren auf

- Austausch und Begegnung (z.B. Eltern-Café).
- Beratung bei Erziehungs-, Ehe- sowie Familienproblemen, bei Schwangerschaftskonflikten oder bei Fragen der Gesundheit (Sucht, psychische Erkrankungen).
- Vermittlung an spezifische Beratungsstellen (z.B. Schuldnerberatung).
- Eltern- und Familienbildung (thematische Elternabende, Mutter-Kind-Gruppen, Eltern-Kind-Kochkurse etc.).
- Unterstützung von Eltern bei der Erziehungskompetenz (Elternschule/Elterntraining)
- Sprachkurse (z.B. „Mama lernt Deutsch“).

arbeitsmarktorientierte Angebote (in Kooperation mit Jobcentern).

Schule

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine Politik, die

- Schulen die Möglichkeit gibt, ihr Profil weiterzuentwickeln und pädagogische Selbständigkeit zu realisieren,
- Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter*innen unterstützt,
- Inklusion ermöglicht und verbessert,
- Ganztagsangebote ausbaut,
- diejenigen Schulen, die besonders herausgefordert sind, entlastet
- eine Willkommenskultur für geflüchtete Kinder und Jugendliche fördert und dafür die nötigen Mittel bereitstellt,
- niemanden zurücklässt und die Potenziale der Einzelnen fördert,
- den Schulen im städtischen Haushalt Priorität einräumt.

Wir wissen, dass die Universitätsstadt Gießen als kommunaler Schulträger nur begrenzte schulpolitische Gestaltungsmöglichkeiten hat. Das liegt an der Aufteilung der Zuständigkeiten für die Schulen in kommunale und Landeszuständigkeiten. In Gießen ist das Schulverwaltungsamt die zuständige kommunale Behörde, die Landesangelegenheiten regelt das Staatliche Schulamt (→ Infokasten)

Wir wollen durch enge Kooperationen beider Ämter ein abgestimmtes Handeln für unsere Schulen und die Schulentwicklung in Gießen fördern und umsetzen.

Kommunale und Landesaufgaben – „äußere“ und „innere“ Schulverwaltung

Die Trennung in kommunale und staatliche Zuständigkeiten für das Schulwesen wird auch als „äußere“ (Kommune oder Landkreis) und „innere“ (Land) Schulverwaltung bezeichnet. Die jeweiligen Zuständigkeiten sind im Hessische Schulgesetz geregelt.

Die „äußere Schulverwaltung“ ist zuständig für: Regionale Schulentwicklung (Schulbezirke, Schulangebot, Schulorganisation, Schulentwicklungsplanung), kommunale Schulverwaltung (Schulkommissionen, Schulgesundheitspflege, Schüler*innenversicherung) sowie Sach- und Personalkosten für die Verwaltung und Unterhaltung der Schulgebäude, Schulanlagen und Schuleinrichtungen. Weiterhin verantwortet der kommunale Schulträger die Schüler*innenbeförderung und die Medienzentren.

Die „innere Schulverwaltung“ ist vor allem zuständig für Lehrkräfte, Unterricht und Bildungspläne, Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen, regionale Lehrer*innenfortbildung, Lehr- und Lernmittelfreiheit.

Die Gießener Schulen sind für uns Grüne ein wichtiger Teil der Stadtgesellschaft. Sie zeichnen sich durch ein breites Angebot verschiedener Bildungsgänge und unterschiedlicher Schulorganisationsformen aus: 13 Grundschulen, zwei Integrierte Gesamtschulen, davon eine mit gymnasialer Oberstufe, zwei Kooperative Gesamtschulen, davon eine mit Gymnasialer Oberstufe, drei Gymnasien, eine Mittelstufenschule, zwei Förderschulen mit Beratungs- und Förderzentrum, vier Berufliche Schulen und eine Abendschule. Ergänzt wird das Angebot öffentlicher Schulen durch mehrere Privatschulen.

Durch die Corona-Pandemie ist deutlich geworden, wie wichtig eine zeitgemäße digitale Ausstattung der Schulen für das Homeschooling ist (→ Digitalisierung der Schulen). Gleichzeitig konnten wir sehen, wie wichtig Präsenzunterricht ist. Wir GRÜNE stehen dafür, dass die Universitätsstadt Gießen als Schulträger alle notwendigen Maßnahmen ergreift, um Präsenzunterricht oberste Priorität einzuräumen.

Gießen auf dem Weg zum grünen Zwei-Säulen-Schulmodell

Bündnis 90 / Die Grünen sind der Überzeugung, dass Schüler*innen durch längeres gemeinsames Lernen und das möglichst lange Offenhalten aller Bildungsabschlüsse sehr gut individuell gefördert werden können. Wir wollen diesen Weg aber niemanden vorschreiben, sondern setzen auf Ermöglichten statt Verordnen und respektieren den Elternwillen.

In Gießen wie in Hessen und den meisten Bundesländern geht die Entwicklung klar in Richtung auf ein Zwei-Säulen-Schulmodell bestehend aus den Gesamtschulen (mit der Vorbereitung auf alle Schulabschlüsse) als einer Säule und den Gymnasien als zweiter Säule. Dieses Modell wird von uns Grüne in Hessen und Gießen als pragmatischer Weg zur Vereinfachung des Schulsystems im Anschluss an die Grundschule gesehen.

Wir wollen alle Schulen gut ausstatten und gestalten. Das erwarten Schüler*innen und Eltern zurecht.

Wir wollen in der nächsten Wahlperiode erreichen, dass sich die kooperativen Gesamtschulen der Stadt schrittweise in Integrierte Gesamtschulen umwandeln. Die städtische Mittelstufenschule wollen wir in diesen Prozess einbinden.

Investitionen in Schulen

Mit umfangreichen Investitionen in dieser Wahlperiode haben wir als Koalition viele Schulen ertüchtigt und ihre Zukunft gesichert. Es wurden, auch mit Hilfe von Investitionsprogrammen von Bund und Land, in den Jahren 2017 – 2020 ca. 80 Mio. Euro investiert.

Für Bündnis 90/Die Grünen stehen neben den quantitativen, finanziellen Aspekten vor allem die Qualität bei der Neustrukturierung, beim Neubau und der energetischen Sanierung von Schulen im Fokus zukunftsorientierten Handelns des Schulträgers.

Diese Qualität muss sich nach unserer Meinung an der Idee einer Pädagogischen Architektur orientieren. Es muss bei Renovierungen, Neubauten u.ä. eine enge Zusammenarbeit von Pädagogik und Architektur praktiziert werden, bei der Architektur ebenso Teil der pädagogischen Konzeption ist wie pädagogische Zielsetzungen Teil der architektonischen Überlegungen sind.

Für uns Grüne gehört in diesem Zusammenhang auch das pädagogische Ziel „Bildung zur Nachhaltigkeit“ zu den architektonischen Herausforderungen. Das bedeutet beispielsweise: das energetische Funktionieren des Gebäudes ist sichtbar und erfahrbar zu machen. Im Innenbereich können Pflanzen, Aquarien und ähnliches die Schüler*innen zu eigenen Untersuchungen anregen. Im Außenbereich können mit Schulgärten und Biotopen sinnliches Erleben von Natur und ökologisch bewusstes Verhalten in den Schulalltag einbezogen werden.

Wir wollen, dass Pädagogische Architektur mit Betonung nachhaltiger Bildung zukünftig zum Leitmotiv des Schulträgers Universitätsstadt Gießen wird, um eine qualitativ hochwertige, inklusive und zeitgemäß ökologische Gestalt und Ausstattung unserer Schulen zu gewährleisten.

Sichere Schulwege und selbständige Mobilität von Schüler*innen

Der Schultag beginnt mit dem Weg zur Schule. Wir Grüne wollen, dass die Gießener Schüler*innen den Schulweg selbständig und sicher bewältigen können, denn das hat sowohl positive Effekte auf die körperliche Fitness als auch auf die Konzentration und das Sozialverhalten der Kinder und Jugendlichen. Darüber hinaus fördert die selbständige Bewältigung des Schulweges ökologisch verantwortliches Handeln der Schüler*innen und lässt sie ihre Umwelt bewusst wahrnehmen. Deshalb wollen wir „Elterntaxi“ überflüssig machen und lehnen die Einrichtung von „Hol- und Bringplätzen“ für diese an den Schulen ab.

Wir wollen in der nächsten Wahlperiode erreichen: Tempo 30 auf allen Schulstraßen, breite, gute Fuß- und Radwege auf den zentralen Schulwegen sowie bedarfsgerechte Taktung der ÖPNV-Busse zu den Schulen.

Wir wollen weiterhin, dass das Schulverwaltungsamt und die städtische Jugendverkehrsschule mit interessierten Schulen Projekte für altersgerechte sichere und selbständige Bewältigung von Schulwegen planen und durchführen. Grundschulen: Im Mittelpunkt stehen das Schulwegtraining zu Fuß oder Roller und die Radfahrausbildung. Jahrgangsstufen 5 – 10: Schwerpunkte bilden die Mobilitätserziehung in den Bereichen Radverkehr und ÖPNV.

Digitalisierung der Schulen

Bündnis 90/Die Grünen wollen in den Gießener Schulen eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Digitalisierung mit sozialer und barrierefreier Akzentuierung realisieren. Gerade durch die Corona-Pandemie wurde die Bedeutung des digitalen Lernens besonders deutlich und erfahrbar.

Die Stadtverordnetenversammlung hat 2018 einen „Medienentwicklungsplan für die Schulen in Trägerschaft der Stadt Gießen (2019 bis 2023)“ verabschiedet. Dieser bietet unserer Meinung nach einen ausgezeichneten Rahmen für die Realisierung einer zukunftsorientierten Digitalisierung der Schulen in den nächsten Jahren. Auf der Grundlage des Förderprogramms „DigitalPakt Schule 2019 – 2024“ sowie dem „Hessischen Digitalpakt-Schule-Gesetz zur Förderung der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur an hessischen Schulen“ hat die Stadtverordnetenversammlung dann einen Umsetzungsbeschluss verabschiedet, der Fördermittel von mehr als 9 Mio. Euro zur Finanzierung der Maßnahmen sichert und damit den Großteil der im „Medienentwicklungsplan“ veranschlagten Kosten von 11,3 Mio. abdeckt.

Zur Umsetzung der Maßnahmen der Stadt Gießen sind nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen abgestimmtes Handeln und Kooperation notwendig. Wir begrüßen die Einrichtung einer Steuergruppe mit Vertreter*innen der verschiedenen Schulformen, des Staatlichen Schulamts sowie der Amtsleitung und der Koordination „IT an Schulen“ des Schulverwaltungsamtes.

Für uns sind bei der Digitalisierung der Gießener Schulen folgende Gesichtspunkte leitend

- Wir wollen, dass unsere Schüler*innen auch in Sachen IT auf der Höhe der Zeit ausgebildet werden. Dafür wollen wir in der kommenden Wahlperiode den Schulen eine passgenaue IT-Ausstattung und Organisationsstrukturen für Wartung und Support bereitstellen. Der Medienentwicklungsplan ist entsprechend fortzuschreiben.
- Schulen brauchen lernförderliche IT-Infrastrukturen für Lernende und Lehrende, weg vom Computerraum oder vereinzelt Rechnern in den Klassen und Fachräumen, hin zu Lernumgebungen mit mobilen, digitalen Lernarrangements. Daher ist es auch notwendig, dass die Lehrenden den neuen Lernumgebungen entsprechend ausgestattet sind.
- Die Schulen entscheiden im Rahmen der technischen und finanziellen Möglichkeiten auf der Grundlage ihres eigenen Medienbildungskonzepts selbst über ihre IT-Ausstattung. Die Gießen@Schule gGmbH, das Staatliche Schulamt und das Maus-Zentrum unterstützen die Konzeptentwicklung und deren Fortschreibung.
- Der IT-Support muss durch entsprechend qualifizierte Fachpersonal erfolgen und bei Problemen für Lernende und Lehrende schnell erreichbar sein. Wir werden unser Stellenkontingent als Schulträger für IT-Support weiter ausbauen und über

den Hessischen Städtetag mit der Landesregierung über eine Verstärkung der finanziellen Förderung verhandeln.

- Wir wollen ein großzügiges Verleihsystem für Schüler*innen einrichten, die über keine digitalen Endgeräte verfügen. Der Verleih erfolgt über die einzelnen Schulen, weil sie Bedarfe am besten kennen.
- Wir wollen bei der IT-Ausstattung insbesondere auch den Bedürfnissen von Schüler*innen mit Behinderungen in Förderschulen und im inklusiven Unterricht gerecht werden.

Ganztagsangebote

Für Familien ist es sehr wichtig, dass sich nach der Ganztagsbetreuung in den Kitas ein ganztägiges Angebot auch in der Grundschule anschließt.

Ganztagsangebote ermöglichen in allen Schulstufen mehr Zeit für individuelle Förderung, Rhythmisierung des Unterrichts und die Entwicklung sozialer Beziehungen.

In dieser Wahlperiode ist es, auch durch entsprechende Programme des Landes, gelungen, für nahezu alle dreizehn Gießener Grundschulen Ganztagsangebote von 07:30 – 17:00 Uhr zu realisieren. Zwei Schulen arbeiten nach Profil 3, die meisten sind im Pakt für den Ganzttag mit Betreuungsangeboten von 16:00 bis 17:00 Uhr. Zum Schuljahr 2020/21 sollen die letzten Lücken im Ganztagesangebot geschlossen werden.

Bündnis 90/Die Grünen wollen diese positive Entwicklung weiter fortsetzen, konsolidieren und absichern. Dabei werden wir uns dafür stark machen, dass auch die Betreuung von 16:00 bis 17:00 Uhr, die heute noch kostenpflichtig ist, zukünftig kostenfrei gestellt wird.

Im Bereich der Sekundarstufe I konnten wir in den letzten Jahren als Schulträger die Einrichtung von Ganztagsangeboten weiter fördern. Sowohl in unseren Gesamtschulen als auch in den Gymnasien der Stadt gibt es inzwischen Mittagessen und am Nachmittag Hausaufgabenbetreuung sowie vielfältige Arbeitsgemeinschaften und Wahlpflichtangebote. Diese reichen z.B. von Förderkursen, über Sport, Musik, Kunst, Darstellendes Spiel und Theater, Kochen/Ernährung, Schulgarten und Schulteich, Umwelt und Naturschutz, MINT-Fächer, Schüler*innenunternehmen und Fahrradwerkstatt bis hin zur Video- und Medienarbeit oder Graffiti.

Diese Nachmittagsangebote, die auch der Schärfung des jeweiligen Schulprofils dienen, wollen wir verstärkt auch durch die Zusammenarbeit der Schulen mit Sportvereinen, Musikschule, Theater, Künstler*innen und Kreativen etc. fördern und unterstützen. Dazu wollen wir eine zielgenaue Kooperation von Schulverwaltungsamt sowie der „Gießen@Schule gGmbH“ mit dem Staatlichem Schulamt erreichen.

Gesunde Schulverpflegung

Ein umfassender Ausbau der Ganztagsangebote erfordert ein breites Angebot an gesunder Schulverpflegung, die sich nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen als Bestandteil der schulischen Gesundheitserziehung verstehen sollte.

Wir haben in den letzten Jahren im Rahmen des Ausbaus der Mensen an den Schulen erreicht, dass Essensangebote an allen Grundschulen und weiterführenden Schulen bereitstehen. In den Schulen der Stadt sind fast ausnahmslos regionale Caterer mit der Schulverpflegung beauftragt. Die Grundschulen werden überwiegend vom Caterer „Tischlein deck dich (ZAUG gGmbH)“ versorgt, die Grundschule Gießen-West hat eine eigene Produktionsküche mit Personal, an zwei Schulen kochen Schüler*innen für Schüler*innen. Die Auswahl der Caterer orientiert sich am Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE). Die Schwerpunktsetzungen bei der Schulverpflegung werden durch die Schulgemeinde getroffen, sie soll vom pädagogischen Konzept der Schule für gesunde Ernährung getragen werden.

Gesunde Schulverpflegung umfasst nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen aber nicht nur das Mittagessen, sondern auch Frühstück und ausreichende Versorgung mit gesunden Getränken. Sie ist auch ein Beitrag zum sozialen Nachteilsausgleich, denn es kommen immer mehr Kinder in die Schule, die nicht gefrühstückt haben und keine Getränke von zu Hause mitbringen.

Wir wollen deshalb als Schulträger zukünftig mit dem „Essensausschuss für die Grundschulen“ und dem „Arbeitskreis Schulverpflegung für die weiterführenden Schulen“ diesen ganzheitlichen Ansatz gesunder Schulverpflegung verstärken. Durch entsprechende Ausstattungen wollen wir den Schulen stärker ermöglichen, im Rahmen des Unterrichts gesunde Mahlzeiten selbst herzustellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Schulessen aus regionalen, saisonalen und Bioprodukten besteht und wollen Schulen beratend unterstützen, die ihr Essensangebot stärker vegetarisch oder vegan ausbauen wollen.

Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Begleitung an Schulen

Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Begleitung an Schulen soll nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen eine systematische und professionelle Verknüpfung von Schule und Jugendhilfe gewährleisten.

Auf diesem Weg wurden in Gießen in den letzten Jahren große Schritte getan: Bei der städtischen Gesellschaft Gießen@Schule sind jetzt 13 Sozialarbeiter*innen beschäftigt, die an drei Grundschulen (Käthe-Kollwitz-Schule, Pestalozzischule, Weiße Schule), vier weiterführenden Schulen (Alexander-von-Humboldt-Schule, Friedrich-Ebert-Schule, Ricarda-Huch-Schule, Gesamtschule Gießen-Ost) und einer Förderschule (Helmut-von-Bracken-Schule) arbeiten. Weiterhin sind an der Georg-Büchner-Schule und der

Grundschule Gießen-West schon seit längerem jeweils eine Sozialarbeiterin und ein Sozialarbeiter tätig.

Als Kernaufgaben der Schulsozialarbeit gelten Beratung und Einzelfallhilfe für Schüler*innen, Eltern/Familien und Lehrkräfte, sozialpädagogische Gruppenarbeit, Projekte und Arbeit mit Klassen, offene Angebote als freiwillige und niederschwellige Angebote sowie inner- und außerschulische Vernetzung und Kooperation.

Seit dem Schuljahr 2018/19 hat Hessen das Programm „unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS)“ aufgelegt. Daraus werden in Gießen bisher neun Grundschulen, drei weiterführende Schulen und die vier beruflichen Schulen mit je einer halben Stelle versorgt. Diese vom Land finanzierten Sozialpädagog*innen sind Teil der von Bündnis 90/Die Grünen angestrebten multiprofessionellen Teams an Schulen. Sie sollen in Abstimmung mit den Lehrkräften, der Schulsozialarbeit sowie den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe im Sinne des jeweiligen pädagogischen Konzepts der Schule handeln.

Wir wollen in der kommenden Wahlperiode das Team der Sozialarbeiter*innen bei Gießen@Schule um mehrere Stellen aufstocken.

Wir wollen in Kooperation von Staatlichem Schulamt, Schulverwaltungsamt und Gießen@Schule für die sozialpädagogischen Fachkräfte an Gießener Schulen, für Teilhabeassistent*innen im inklusiven Unterricht und die beteiligten Schulleitungen und Lehrkräfte kontinuierliche Fortbildungen zum Thema „Multiprofessionelle Teams“ einrichten.

Inklusion und sonderpädagogische Förderung

Bündnis 90/Die Grünen stehen seit Jahrzehnten dafür ein, dass Schüler*innen mit und ohne Behinderung gemeinsam zur Schule gehen können.

Seit 2012 sieht das Hessische Schulgesetz inklusive Beschulung als Regelform in der allgemeinen Schule vor, in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrum, ggf. unter Beteiligung einer Förderschule.

Bei der Umsetzung der Inklusion stehen wir vor der Herausforderung, dass die Veränderung unseres seit Jahrzehnten nicht inklusiven Schulsystems viel Zeit, Ressourcen und abgestimmtes Handeln von Schulen, Staatlichem Schulamt und Schulträger braucht. Deshalb begrüßen wir die Einrichtung von „inkluisiven Schulbündnissen“ in denen wir als Schulträger die inklusive Schulentwicklung in Gießen vorantreiben wollen.

Unser Ziel für die kommende Wahlperiode sind multiprofessionelle Teams, in denen Lehrer*innen der allgemeinen Schule, Förderschulpädagog*innen, Sozialpädagog*innen und Teilhabeassistent*innen verlässlich und dauerhaft gemeinsam an der allgemeinen Schule arbeiten, sich abstimmen und gegenseitig unterstützen können. Das erfordert auch die Verankerung der Förderschullehrkräfte möglichst mit allen Stunden im

Kollegium nur einer allgemeinen Schule. Dafür wollen wir uns als Schulträger in den inklusiven Schulbündnissen der Stadt stark machen.

Bündnis 90/Die Grünen halten am Wahlrecht der Eltern in Bezug auf den Förderort für ihr Kind – allgemeine Schule oder Förderschule – fest. Wir wollen in Gießen deshalb ein nachfrageorientiertes Angebot für die einzelnen Förderschwerpunkte bereithalten. Mit diesem Vorgehen folgen wir unserer Grundüberzeugung, dass Schulentwicklung nur mit den Schulgemeinden vor Ort gelingen kann.

Dieses Festhalten am Wahlrecht der Eltern bedeutet jedoch nicht, dass unsere beiden Förderschulen (Albert-Schweitzer-Schule und Helmut-von-Bracken-Schule) in ihrer jetzigen Gestalt bestehen bleiben sollen.

Wir verfolgen das Ziel, die Albert-Schweitzer-Schule zukünftig nur als eigenständiges Beratungs- und Förderzentrum zu führen („Schule ohne Schüler“). Die Helmut-von-Bracken-Schule, mit den Förderschwerpunkten "Sprache", "emotional-soziale Entwicklung" und "Kranke", soll zukünftig auch den Förderschwerpunkt "Lernen" anbieten und weiterhin ebenfalls als regionales Beratungs- und Förderzentrum (BFZ) arbeiten.

Zur Stärkung des Gedankens der multiprofessionellen Teams im inklusiven Unterricht sehen wir auch bei der Organisation der Teilhabeassistent*innen Handlungsbedarf. Durch Rahmenvereinbarungen mit den zuständigen Jugendämtern wollen wir eine bessere Versorgung und Vernetzung aus einem Guss erreichen sowie für eine bessere Qualifizierung der Teilhabeassistent*innen sorgen.

Übergang Kindertagesstätte – Grundschule

Den Übergang von der Kita in die Grundschule wollen wir auf der Basis des „Bildungs- und Erziehungsplans 0 – 10“ weiter verbessern.

Bei der Gestaltung des Übergangs von der Kita zur Grundschule ist Gießen bereits jetzt vorbildlich. Es arbeiten seit einigen Jahren mehrere Tandems aus Schulen und Kitas an der Gestaltung des Übergangs, weitere Kitas und Grundschulen sind auf dem Weg zur Tandembildung und gemeinsamen Fortbildungen.

Eine weitere Bereicherung der Kooperation von Kitas und Grundschulen in Gießen ist die Teilnahme der sonderpädagogischen Beratungszentren an den gemeinsamen Fortbildungen der Tandems. Hierdurch können Fragen der Inklusion beim Übergang in die Schule fachlich begleitet und gemeinsam beraten werden.

Diese für Kinder, Eltern und Pädagog*innen wichtige und pädagogisch wertvolle Arbeit werden wir weiterhin fördern.

Grundschulen

Unsere Schwerpunkte in der kommenden Wahlperiode

- Alle Grundschulen arbeiten im Ganztagsbetrieb zuverlässig und kostenfrei von 07:30 bis 17:00 Uhr.
- Wir werden Grundschulen unterstützen, die sich zu pädagogisch selbständigen Schulen (PSES) umwandeln wollen.
- Wir werden Grundschulen stärken und unterstützen, wenn sie nach Profil 3 als gebundene Ganztagschule arbeiten wollen.
- Insbesondere wollen wir Grundschulen fördern, die ein inklusives Schulprogramm entwickeln.
- Wir wollen das Modell der „Familienklassen“ weiter ausbauen und weitere Angebote zur Unterstützung von Familien auch an Grundschulen initiieren. In diesem Zusammenhang wollen wir ihnen auch die Möglichkeit eröffnen, sich zu Familienzentren zu entwickeln, wie sie an den Gießener Kitas schon vorbildlich bestehen.
- Alle Grundschulen werden digital ausgestattet. Der konkrete Bedarf einschließlich Hard- und Softwareausstattung wird mit Beteiligung der Eltern ermittelt und festgelegt. Wir werden gemeinsame Fortbildung von Lehrkräften, sozialpädagogischen Mitarbeiter*innen und Eltern zum digitalen Lernen in der Grundschule als Kooperationsveranstaltungen von Schulverwaltungsamt und Staatlichem Schulamt auf den Weg bringen.
- Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen werden möglichst im Sinne „Pädagogischer Architektur“ gestaltet. Vorrangige Bedarfe: Energetische Sanierung, Barrierefreiheit, Erweiterung der Räumlichkeiten Renovierung, Ausbau oder Neubau von Mensen, Neugestaltung der Außen- und Aufenthaltsbereiche.

Weiterführende Schulen

Unsere Schwerpunkte in der kommenden Wahlperiode

- Qualifizierte Ausstattung aller Schulen mit digitalen Plattformen und flexiblen digitalen Lernangeboten unter Beteiligung der Schulgemeinden. Fortbildungsangebote für Lehrkräfte durch regionale Lehrer*innenfortbildung und M@AUS Regionales Medienzentrum Gießen-Vogelsberg (→ Digitalisierung der Schulen).
- Ausbau eines vielfältigen Ganztagsangebots weiter vorantreiben, die Einführung von Profil 3 unterstützen.
- Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung wird mit Staatlichem Schulamt und den beiden Kooperativen Gesamtschulen erörtert, ob und wie sie sich zu Integrativen Gesamtschulen weiter entwickeln können. Die Mittelstufenschule wird an diesem Schulentwicklungsprozess beteiligt.

- Wir werden Schulen unterstützen, die sich zu pädagogisch selbständigen Schulen (PSES) weiter entwickeln wollen. Oberstufen und Kooperative Gesamtschulen können sich wegen landesrechtlicher Vorgaben nicht zu PSES umwandeln.
- Insbesondere wollen wir auch weiterführende Schulen fördern, die ein inklusives Schulprogramm entwickeln.
- Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen werden im Sinne „Pädagogischer Architektur“ gestaltet. Vorrangige Bedarfe: Energetische Sanierung, Barrierefreiheit herstellen, mehr Schüler*innenlabors für selbständiges Forschen und Arbeiten, Aufenthalts-, Rückzugs- und Selbstlernbereiche ausweiten, Renovierung, Ausbau oder Neubau von Mensen, Hallenkapazitäten für Sportunterricht ausweiten bzw. Neubau Sporthalle.

Berufliche Schulen

Unsere Schwerpunkte in der kommenden Wahlperiode:

- Wir werden die besonderen Anforderungen der Digitalisierung im Sinne einer beruflichen Bildung 4.0 durch entsprechende Ausstattung der Schulen nach Maßgabe der spezifischen schulischen Konzepte umsetzen.
- Wir werden den Ausbau inklusiver Bildung an beruflichen Schulen besonders fördern.
- Wir werden die Einbeziehung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik in die beruflichen Schulen ausbauen, fördern und unterstützen.
- Wir werden die Bildung von multiprofessionellen Teams von Lehrkräften, Sozialarbeit und Sozialpädagogik fördern und für diese kontinuierliche Fortbildungen zum Thema „multiprofessionelle Teams“ einrichten (→ Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Begleitung in Schulen).
- Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen werden im Sinne „Pädagogischer Architektur“ gestaltet. Vorrangige Bedarfe: Energetische Sanierung, Barrierefreiheit herstellen, Außen- und Aufenthaltsbereiche neugestalten, Labor und arbeitstechnische Räume sanieren, Hallenkapazitäten für den Sportunterricht ausweiten.

Jugendbildungswerk, Musikschule, Volkshochschule

Diese städtischen Institutionen stehen in besonderer Weise für die Verbindung von Bildung und Kultur. Wir wollen die gute Arbeit und die Qualität ihrer Angebote weiter fördernd begleiten und insbesondere Kooperationsvorhaben unterstützen.

Das Jugendbildungswerk in der Trägerschaft der Stadt ist offen für junge Menschen von 12 bis 27. Seine Angebote erfordern und ermöglichen vielfältige Kooperationen mit Gießener Schulen und anderen Institutionen. Wir wollen den seit Jahren erfolgreichen Bildungsurlaub Israel und der Frieden im Nahen Osten mit Aufenthalt in Israel fortführen und möglichst ausweiten. Weitere wichtige Angebote wie z.B. Grundausbildung von

Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendarbeit (Jugendleitercard – JULEICA), Digitale Kompetenz, Gewaltprävention und Deeskalationstraining, Café Queer, Sexuelle Vielfalt, „Willkommen in Gießen“ – InteA-Alltagskompetenztraining, „Mitrede – mitmachen – mitbestimmen“ Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Gießen, wollen wir weiter unterstützen und fördern.

Das Jugend- und Kulturzentrum Jokus muss in der nächsten Wahlperiode energetisch saniert werden, Barrierefreiheit ist weiter herzustellen. Die digitale Ausstattung werden wir bedarfsgerecht ausbauen.

Die Musikschule wird seit 2001 von der Stadt Gießen getragen. Sie erfreut sich reger Nachfrage. 2020: 1457 Schüler*innen bei 73 Lehrkräften.

Für uns GRÜNE ist die Musikschule Bestandteil der kommunalen kulturellen Grundversorgung und trägt mit ihrer musikpädagogischen Qualität zur Bereicherung des kulturellen Lebens in unserer Stadt bei. Die Schule macht Angebote für alle Altersstufen und Stilrichtungen: von der musikalischen Früherziehung, über Chöre, Bands/Ensembles, Gesang, Tasten-, Streich- und Blasinstrumente, Gitarre, Bass und Schlagzeug bis zu speziellen, vertiefenden Angeboten reicht ihr Programm. Ein eigenes Tonstudio ermöglicht intensive Beschäftigung mit der eigenen musikalischen Praxis und Präsentation eigener musikalischer Aktivitäten.

Die Musikschule kooperiert mit elf Kitas, vier Grundschulen, einer integrierten Gesamtschule und einem Gymnasium sowie einer Förderschule. Wichtige Kooperationspartner*innen sind weiterhin der Seniorenchor sowie in besonderer Weise das Stadttheater. Die Schule ist sowohl wichtiger Bestandteil für qualifizierte musikalische Erziehung und Bildung als auch eine Bereicherung für die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt.

Wir werden in der kommenden Wahlperiode den Bestand der Musikschule sichern und ihr Angebot weiter ausbauen (→ Kinder haben ein Recht auf Kultur und Künste). In diesem Rahmen werden wir Sanierungen, IT-Ausstattung u.a. bedarfsgerecht vornehmen.

Die Volkshochschule der Universitätsstadt Gießen feierte 2019 ihr 100jähriges Bestehen. Bündnis 90/Die Grünen sind der reformpädagogischen, demokratischen Tradition der Volkshochschulen verbunden. Wir halten Erwachsenenbildung für ein breites Bevölkerungsspektrum, das die Volkshochschule bereitstellt, für eine wichtige kommunale Aufgabe. Bildung bedeutet für uns auch lebenslanges Lernen.

Die Programmbereiche Politik, Gesellschaft, Umwelt, Kultur und Gestalten, Gesundheit, Beruf, EDV, Sprachen, Deutsch und Integration bieten ein breites, teilnehmer*innenorientiertes und preisgünstiges Fort- und Weiterbildungsangebot für alle Gießener*innen in Wohnortnähe. Die Volkshochschule hat die an sie gestellten gesteigerten Anforderungen durch den Zuzug von vielen Geflüchteten und Migrant*innen in unsere Stadt mit einem deutlich gesteigerten Angebot an Integrations- und Sprachkursen sehr gut bewältigt. Das gewachsene Interesse und die Nachfrage nach

Themen zu Natur und Ökologie, regionale Geschichte und Kultur haben einen angemessenen Platz im Programm gefunden.

Mit neuer Leitung und anderen personellen Neuerungen konnte die Qualität und das eigenständige Profil der Volkshochschule geschärft werden. Mit der Volkshochschule des Landkreises Gießen sollen durch vielfältige Kooperationen Doppelungen beim Angebot vermieden und auf Ressourceneffizienz geachtet werden. Das vorhandene Raumnutzungskonzept der VHS wollen wir fortschreiben und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Das Gebäude und die Räumlichkeiten in der Fröbelstraße werden energetisch saniert, vollständige Barrierefreiheit wird hergestellt. Die digitale Ausstattung wird bedarfsgerecht auf neuen Stand gebracht.

Kultur, Künste und Kreativität

Für uns GRÜNE gehören Kultur und Künste zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Wir verstehen ihre Förderung als kommunale Pflichtaufgabe.

Wir vertreten ein weites und dynamisches Verständnis von Kultur.

- Kultur ist frei.
- Kultur ist innovativ und vielfältig.
- Kultur fördert nachhaltige Entwicklungen.
- Kultur ist Teil der Demokratie.
- Kultur wirkt identitätsstiftend und erneuernd.
- Kultur baut Brücken.
- Kultur überwindet Grenzen.
- Kultur ist ein gemeinsames Gut.
- Kulturelle Teilhabe ist ein Menschenrecht
- Kultur prägt die Identität und das Leben in unserer Stadt.

Kultur in Gießen

Das Kulturleben und das kulturelle Angebot sind in Gießen vielfältig, qualitativ, lebendig, weltoffen und dynamisch. Es ist unser Ziel, die bestehende kulturelle Vielfalt zu erhalten und zu stärken sowie die kulturellen Akteur*innen weiterhin zu fördern.

Unsere Stadt hat beste Voraussetzungen für eine starke Kulturszene und Kreativwirtschaft. Diese beiden miteinander verbundenen Felder sind essenziell für Innovationsprozesse in allen Bereichen und Branchen. Wir sehen es als unsere kulturpolitische Aufgabe an, die Infrastruktur für eine Vernetzung von Kulturszene und Kreativwirtschaft zu schaffen und bereitzustellen.

Barrierefreie Kultur – Kultur ist für alle da

Unser Ziel ist es, allen Bürger*innen (sowie Gästen) den Zugang zu kulturellen Angeboten und kultureller Teilhabe zu ermöglichen. Dazu müssen sichtbare und unsichtbare Barrieren abgebaut werden. Wir wollen allen Menschen in dieser Stadt ermöglichen, am kulturellen Leben teilzunehmen und teilzuhaben, also aktiv mitzugestalten. Veranstaltungsorte müssen barrierefrei erreichbar sein und das Recht auf Partizipation beim Zugang zu Künsten und Kultur umgesetzt werden. Kulturinitiativen und Vereinen wollen wir bei Umbaumaßnahmen zur Erreichung dieses Ziels finanziell unterstützen.

Kultur gelingt nur zusammen

Die Zusammenarbeit unter den Kulturinstitutionen, -vereinen, -gruppen und -akteur*innen ist ein Motor für die Kulturszene und führt zu einer größeren Sichtbarkeit des Kulturangebots in unserer Stadt. Deshalb wollen wir Kooperationen der kulturellen Akteur*innen untereinander fördern und gemeinschaftliche Aktionen unterstützen. Dies gilt für etablierte Formate wie die GIENALE, die SERIALE, das RIVERTALE FESTIVAL und einige mehr, genauso wie für mögliche neue Veranstaltungen, etwa eine Gießener Museumsnacht. Neue Formate, die die Sichtbarkeit der Kunst- und Kulturszene erhöhen, sollen ausprobiert werden.

Wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag aus dem Kulturforum, einen selbständigen Kulturbeirat zu bilden, der alle Angelegenheiten, die die Kultur- und Kreativszene in Gießen betreffen, behandelt und die Stadtverordnetenversammlung sowie den Magistrat in diesen Belangen berät. Dazu wollen wir im Austausch mit den kulturellen Akteur*innen eine Satzung in der Stadtverordnetenversammlung auf den Weg bringen, in der die Aufgaben des Beirats, die Mitglieder u.a. näher geregelt werden.

Auch der Austausch zwischen kulturellen Akteur*innen der Kreativwirtschaft und anderen und der Stadtgesellschaft soll verstärkt werden. Insbesondere möchten wir das Kinder und Jugendliche noch stärker mit Kunst und Kultur in Berührung kommen und fördern die Zusammenarbeit von Schulen mit Künstler*innen.

Die Unverwechselbarkeit der Gießener Kulturlandschaft hat viel mit den künstlerischen Fachbereichen der Justus-Liebig-Universität zu tun. Das Diskursfestival, die Theatermaschine, das Literarische Zentrum Gießen (LZG) oder den Neuen Kunstverein würde es ohne die Universität nicht geben. Daher möchten wir Kooperationen im Kulturbereich zwischen der Stadt und den Hochschulen weiter intensivieren und stärken.

Die Raumstation 3539 leistet in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung und Vernetzung der freien Kunstszene. Diese Strukturen müssen gestärkt und verstetigt werden.

Kultur und Künste brauchen Räume

Das kulturelle Angebot in Gießen findet in großen Teilen auf kleinen Bühnen und Ausstellungsräumen statt. Wir unterstützen und fördern weiterhin das ZIBB, die Alte Kupferschmiede, das KiZ, das Mathematikum, die Sommerbühne im Botanischen Garten, den MuK, die Klosterruine auf dem Schiffenberg, das einmalige Gießkannenmuseum, das KIG, die Junge Bühne, den Kunstkiosk sowie weitere ständige und temporäre Kunst- und Kulturstätten als Orte der Begegnung, des kulturellen Genusses und der Auseinandersetzung mit Kultur und Künsten.

Besondere Bedeutung beim Raumangebot hat das Kulturrathaus mit dem Hermann-Levi-Konzertsaal. Das Kulturrathaus ist nicht nur der Sitz der Stadtverwaltung, sondern zentraler Ort der Begegnung in der Stadt. Wir wollen das Atrium und den Hermann-Levi-Saal für Konzerte, Veranstaltungen und Ausstellungen weiterentwickeln. Hierbei wollen wir auch die Öffnungszeiten ausweiten.

Die Stadt Gießen ist im letzten Jahrzehnt um mehr als 10.000 Einwohner*innen gewachsen. Die kulturelle Infrastruktur ist leider nicht entsprechend mitgewachsen. Bei der Raumsuche konkurrieren kulturelle Initiativen mit kommerziellen Interessen und dem wachsenden Wohnraumbedarf. Deshalb müssen von Seiten der Stadt Räume für kulturelle Nutzungen zur Verfügung gestellt werden, um dem Auftrag der kulturellen Daseinsvorsorge gerecht zu werden. Daher unterstützen wir die Entstehung neuer Kulturorte insbesondere in der Innenstadt und versuchen die bestehenden zu erhalten. Insbesondere im Bereich der Veranstaltungsräume fehlt in der Stadt ein zeitgemäßer Ort für 200 – 450 Besucher*innen. Wie wollen uns in der nächsten Wahlperiode für einen solchen Raum stark machen.

Ein neues Denkmal bürgerlichen Gemeinsinns:

Der Kulturgewerbehof in der Feuerwache

In der alten Feuerwehrruine in der Steinstraße wollen wir einen Kulturgewerbehof schaffen. Dort sollen Arbeitsräume für Darstellende Künstler*innen, Bildende Künstler*innen, Musiker*innen, Autor*innen, Start-Ups, Projektarbeiter*innen und andere Kreative entstehen, Dies ist eine wichtige Maßnahme gegen die oben beschriebene Raumknappheit. Im Kulturgewerbehof sollen auch Konzerte, Lesungen, Theateraufführungen und Ausstellungen stattfinden. Das ist wichtig, damit die vielfältige freie kreative Szene in Gießen zusätzliche Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten bekommt und noch stärker als bisher öffentlich sichtbar werden kann. Nicht zuletzt soll der Kulturgewerbehof auch ein Ort des kreativen Miteinanders und der Vernetzung sein, an dem sich Nachbar*innen und Geschäftspartner*innen treffen können.

Kunst- und Kulturförderung

Von der Kulturförderung der Stadt Gießen soll ein möglichst großes und diverses Spektrum an Kulturschaffenden profitieren. Um dies zu gewährleisten wollen wir in der Kulturförderung die Kooperation von Kulturamt und Wirtschaftsförderung stärken und weiter ausbauen. Enge Kooperation in der Verwaltung baut bürokratische Hürde ab und fördert Effizienz und Transparenz, z.B. bei der Erstellung von Förderanträgen usw. Institutionen, Projekte, Künstler*innen sollen bei der Digitalisierung unterstützt werden und entsprechende Angebote zur Weiterbildung geschaffen werden.

Wir wollen im städtischen Haushalt die finanzielle Förderung von Kunst und Kultur im Rahmen der Möglichkeiten erhöhen und verstetigen. Insbesondere die freie Szene soll eine spürbare Erhöhung finanzieller Unterstützung bekommen.

Stetige Weiterentwicklung des „Kulturellen Leitbildes“

Das kulturelle Leitbild der Universitätsstadt Gießen ist ein wichtiger Baustein der hiesigen Kulturpolitik. Gemeinsam mit Künstler*innen, mit Kulturschaffenden sowie Kunst- und Kulturinitiativen wollen wir das Leitbild stets lebendig und aktuell halten.

Denkmalschutz stärken

An ihren Gebäuden kann man viel vom Charakter und der Geschichte einer Stadt ablesen. Gebäude prägen die Stadt. Deshalb wollen wir architektonisch, historisch und technisch bedeutende Gebäude und Ensembles für die Zukunft erhalten. Für ökologisch notwendige Sanierungen und Ergänzungen (z.B. Photovoltaik) sind adäquate Lösungen zu suchen.

Attraktives Nachtleben

Gießen ist die jüngste Stadt in Hessen und hat die höchste Studierendenzahl im Verhältnis zur Bevölkerung. Mit den jungen Menschen kommt auch eine reiche Ausgehkultur in die Stadt. Ein*e in der Szene verankerte*r Nachtbürgermeister*in soll das Nachtleben in Gießen noch attraktiver machen und als Vermittler*in zwischen den Akteur*innen eines aktiven Nachtlebens und der Verwaltung aufzeigen, wo Verbesserung gewünscht werden. Als Ansprechpartner*in für die Partyszene, für Clubbetreiber*innen, für Anwohner*innen und Kulturschaffende soll der/die Nachtbürgermeister*in auch Konflikte entschärfen und vermittelnd tätig werden können. Gleichzeitig soll sich die Stadt bemühen, ein attraktives Nachtleben in zentrumsnahen Bereichen zu erhalten und zu stärken und ein Abwandern an die Stadtränder zu verhindern. Dies soll u.a. dadurch erreicht werden, dass das Vergnügungstättenkonzept auf kuratierte Musikclubs keine Anwendung mehr findet. Viele kulturelle Angebote, die Gießen besonders für junge Leute so attraktiv machen, entspringen privaten Initiativen und werden ehrenamtlich sowie nichtkommerziell organisiert. Für viele Gießener*innen sind besonders Partys unter freiem Himmel und in der Natur besondere Highlights im stressigen Alltag. Um diese in

einem legalen Rahmen zu ermöglichen, möchten wir Spontanpartys an festgelegten Orten erlauben und ggf. in einer Satzung regeln. Dabei muss selbstverständlich der Naturschutz, die Sicherheit, sowie die Interessen von in der Nähe wohnenden Menschen beachtet werden.

Liebigmuseum soll UNESCO Welterbe werden

Die Bedeutung der Chemie für die Menschheitsgeschichte wird an keinem Ort so deutlich wie in Justus von Liebig's historisch erhaltener Forschungsstätte. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das Liebigmuseum UNESCO Welterbe wird.

Kein Vergessen – Für eine verantwortungsvolle Erinnerungskultur

Wir Grüne setzen uns für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte unserer Stadt ein, insbesondere für die Erinnerung an die Opfer von Faschismus und Rassismus. Wir unterstützen die Verlegung weiterer Stolpersteine gegen das Vergessen und prüfen zeitgemäße Denkmäler als Orte der Erinnerungskultur. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode ausdrücklich Projekte der postkolonialen Erinnerungskultur unterstützen.

Starke Zukunft für die großen städtischen Kulturinstitutionen

Das Oberhessische Museum ist ein Ort, an dem die Stadtgesellschaft ins Gespräch kommt und Themen wie Geschichte und Identität verhandelt werden. Das Oberhessische Museum hat sich in den letzten Jahren unter GRÜNER Regierungsbeteiligung sehr positiv entwickelt: eine neue Leiterin wurde eingestellt, die Sanierung der drei Häuser auf den Weg gebracht, die Neuordnung der Sammlung und ihre Präsentation in einer neuen Dauerausstellung wird vorbereitet. Diese Entwicklung muss weitergehen. Dafür werden wir beim Budget und den Stellen für eine Verstetigung sorgen.

Ein Leuchtturm in der Gießener Kulturlandschaft und ein wichtiger Arbeitgeber ist seit über hundert Jahren das Stadttheater, das wir weiter fördern und unterstützen wollen. Wir halten daher weiter am Theatervertrag zwischen dem Land Hessen, dem Landkreis und der Universitätsstadt Gießen fest. Daher werden wir unseren Teil dazu beitragen, damit weiterhin Landesmittel für die Investition und den Ausbau abgerufen werden. Wir stehen dafür, dass unser Stadttheater ein Dreispartenhaus mit philharmonischem Orchester bleibt.

Wir unterstützen ausdrücklich das digitale Angebot der Stadtbibliothek und setzen uns für eine Ausweitung der Öffnungszeiten ein.

Wir wollen, dass Kunstausstellungen auf internationalem Niveau in Gießen einen festen Ort haben. Deshalb wollen wir die Kunsthalle Gießen weiter stärken und die Öffnungszeiten verlängern.

Kinder haben ein Recht auf Kultur und Künste

Kinder und Jugendlichen haben nach UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Teilnahme am kulturellem und künstlerischem Leben. Für uns Grüne ist das ein unverhandelbarer Kernpunkt unserer Kulturpolitik. Wir wollen Initiativen auf diesem Gebiet weiterhin fördern und unterstützen.

Wir wollen das Angebot der Musikschule ausweiten und so mehr Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Musik ermöglichen.

Die Unterstützung von Initiativen und Institutionen, die die Leseförderung von Kindern zum Ziel haben, sehen wir als einen wichtigen Baustein der kulturellen und auch gesellschaftlichen Teilhabe.

Wir möchten gemeinsam mit den vielen kleinen und großen Vereinen und Institutionen (z.B. Tinko-Theater, Stadttheater, Oberhessisches Museum) eine Gesamtstrategie kulturelle Teilhabe für Kinder und Jugendliche auf den Weg bringen, die das Ziel hat, dass jedes Kind in Gießen nicht nur an kulturellen Angeboten teilnehmen, sondern sich auch aktiv in das kulturelle Leben einbringen kann.

Für uns ist das nicht nur eine Investition in Bildung und Kreativität einzelner Personen, sondern darüber hinaus in eine friedliche offene Gesellschaft.

Finanzen und Haushalt

Die finanzielle Situation der Stadt Gießen ist nicht einfach. Das liegt zum großen Teil daran, dass sich in Gießen überdurchschnittlich viele Landesgebäude (11,9 % aller Gebäude in 2012) befinden (z. B. die Uni) und für diese keine Grundsteuer gezahlt werden muss, auch nicht für die Krankenhäuser. Es haben sich auch viele Gewerbebetriebe in Nachbarkommunen angesiedelt und zahlen dort ihre Gewerbesteuer. Die Hochschulen sowie die Krankenhäuser als Gießens größte Arbeitgeber müssen, da sie keine Gewerbebetriebe sind, (zu Recht) keine Gewerbesteuer zahlen.

Der Anteil an der Einkommenssteuer ist ebenfalls niedriger als in vergleichbaren Städten. Dies beruht darauf, dass sich viele eher wohlhabende Einwohner*innen in den Umlandgemeinden angesiedelt haben und dort (obwohl sie zum Teil in Gießen arbeiten) ihre Einkommenssteuer zahlen. In mit Gießen vergleichbaren Städten wurden die kleineren Kommunen im Rahmen der Gebietsreform der 70er Jahre oftmals eingemeindet. Gleichzeitig haben sich in Gießen weit mehr Empfänger*innen von Transferleistungen wie ALG 2 und Wohngeld als im Umland niedergelassen, unter anderem deswegen, weil die Stadt Gießen es sich in den vergangenen Jahren zu Recht als ein Anliegen angesehen hat, durch sozialen Wohnungsbau bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, während dieser in den Nachbarkommunen sehr stiefmütterlich behandelt wurde.

Um in Gießens finanzieller Situation eine Kehrtwende einzuleiten, wurde 2012 mit dem Land Hessen ein sogenannten „Schutzschirm“-Vertrag geschlossen. In diesem erklärte sich das Land Hessen bereit, von den damals noch rund 250 Millionen Schulden etwa ein Drittel (rund 78 Millionen) zu übernehmen und zudem Zinshilfen zu gewähren. Im Gegenzug verpflichtete sich die Stadt Gießen, bis 2020 die laufenden Einnahmen und Ausgaben zur Deckung zu bringen durch konkrete im Vertrag genannte Maßnahmen. Hierunter fiel die Erhöhung vieler Gebühren, Beiträge und der Grundsteuer. Gleichzeitig wurden viele Ausgaben reduziert.

Etwas mehr als sieben Jahre später können wir berichten, dass dieses Ziel bereits im Jahr 2015 erstmals erreicht werden und in sämtlichen Folgejahren gehalten werden konnte. Im Jahr 2019 konnte die Stadt einen Gesamtüberschuss in Höhe von 30,9 Mio. Euro erwirtschaften. Das waren sogar 1,6 Mio. Euro mehr als 2018! In 2012 gab es noch ein Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben von 28 Millionen!

Die Kehrtwende ist also geschafft und die Stadt Gießen ist aus dem Schutzschirmvertrag entlassen. Es bleibt aber auch in Zukunft ein schwieriger Weg: Zum einen ist ungewiss, ob die Zinsen für Kredite weiter so günstig wie in den vergangenen Jahren bleiben. Zum anderen kam es durch die Corona-Krise zu erheblichen Steuerausfällen im zweistelligen Millionenbereich vor allem bei der Gewerbesteuer. Diese wurden zwar weitgehend durch das Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz des Landes Hessen aus dem vergangenen Jahr kompensiert. Wir werden jedoch die Auswirkungen der Corona-Krise noch lange spüren. Wir können nicht damit rechnen, dass das Land Hessen jedes Jahr ein solches Gesetz

erlässt. Der Kurs der letzten Jahre bleibt jedoch bestehen. Nur so ist es möglich, auch in Zukunft noch im Haushalt die Handlungsspielräume zu haben, um für alle Gießener Bürger*innen die Leistungen und die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um sich in der Stadt wohlfühlen zu können.

Hierzu beabsichtigen wir folgende Maßnahmen:

- die weitere energetische Sanierung städtischer Liegenschaften mit einem entsprechenden Energiemanagement, in enger Kooperation mit dem Energiekonzept der Stadtwerke,
- eine Stadtentwicklungspolitik, die Gießen auch für solvente Einkommenszahler attraktiv macht,
- eine Gewerbeansiedlungspolitik zur Verstärkung der Steuereinnahmen,
- ein verbessertes Forderungsmanagement (dazu gehört auch die verstärkte Eintreibung von Unterhaltsvorschüssen, deren Rücklaufquote derzeit nur 20 % beträgt, konsequente Parkraumbewirtschaftung).

Dabei streiten wir auch auf Bundesebene nach wie vor für eine kommunale Wirtschaftssteuer, die nicht nur Gewerbetreibende, sondern alle beruflich vor Ort Tätigen einbindet und die dem Grundsatz „Niedrige Steuersätze, breite Bemessungsgrundlage“ folgt.